



Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginkel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Ersteht wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierjährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pfl. u. 5 Pl. Postgebühr. Angekündigtes: „Für jeden Millimeter Höhe der Briefseite Zeile 30 Pl. bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pl. bei Anz. im Anschluß an den Text am Textende 1.20 M.“

Nr. 48.

Berlin, 25. November 1932.

13. Jahrg.

Ankünd.: §. 26: Wiedergabeleistung durch Verwaltungsbehörden. / §. 27: Stad und Landrat in Berlin. / §. 27a: Wohnung und Wohnungsausgabe. / §. 27b: Soziale Bevölkerungs- und Sozial-Statistik. / §. 27c: Röting entscheidet. / §. 28: Der poln.-Sorben. — Niederringe und Niederringsort? / §. 29: Die Ostlinie von Hauptstädten und Grenzstädten. — Ausierung. / §. 30: Die Tauschadventure des Deutschen Übermutes. — Gutsäföldigkeitswesen. / §. 31: Bunde-Posträte. — Pauschalarbeit. / §. 32: Schuleinschreibungen.

Grenzverwischung durch Verwaltungsreform.

Im nächsten Jahre soll in Polen die seit langem vorbereitete Neurenteilung der Verwaltungsgebiete durchgeführt werden. In politischer Hinsicht am bedeutendsten und interessantesten sind bei dieser Reform die Änderungen, die die Grenzen der Wojewodschaften Polen, Pommern und Schlesien, also die früheren preußischen Gebiete, erfahren sollen. Es kommt der polnischen Regierung darauf an, auf der Karte des polnischen Staates durch eine Neugliederung der Verwaltungsgebiete die ehemalige durch einen preußischen Grenzvertrag, die so politisch an die künftige und unorganisierte Zusammenfassung des Staatsganzen erinnert, verschwinden zu lassen. Dadem sie die Wojewodschaften durch eine Reihe kongresspolnischen und galizischen Kreise vergrößert, will sie den östlichen Einfluß in den ehemals preußischen Gebieten verstärken und auf diese Weise den alten deutschen Reichsgegenden den Charakter einer Kulturlandschaft nehmen, den die auch heute noch, nach 13 Jahren polnischer Herrschaft, behält. Die neue Verwaltungsneinteilung, seitdem sie nicht Staatsgrenzen sind, vollkommen verschwunden, soll die von Deutschland geforderte Revision der Staatsgrenzen erleichtern und den in den Westwojewodschaften immer wieder auftretenden Autonomiegedanken die heute noch vorhandenen Grundlagen des geplanten neuen Verwaltungsgebietes entziehen. Die polnische Regierung rechnet damit, daß z. B. eine Vergrößerung der schlesischen Wojewodschaft durch östliche Kreise das Ende des oberflächlichen Autonomiegedankens sein werde, da sich ja die Bevölkerung der neu hinzukommenden nichtschlesischen Kreise gegenüber den historisch und kulturell bedingten Selbstverwaltungsrechte der Oberschlesier un interessiert und ablehnend verhält. In dieser Hinsicht richtet sich also die Verwaltungsreform nicht nur gegen das deutsche Element, dessen Einfluß in den Westwojewodschaften durch die Herausnahme östlicher Kreise weiter geschwächt werden soll, sondern ebenso sehr gegen die altsiedeligen Nationalpolen, Kaschuben und wasserpolnischen Oberschlesier, die über die ihnen zugeschriebene Verstärkung durch östliche „Volksgenossen“ im allgemeinen recht wenig erfreut sein dürften.

Nach dem von der „Stadtkommission zur Verwaltung der Verwaltungsapparats“ ausgearbeiteten Projekt, das der kommenden Reform als Grundlage dient, soll die heutige Wojewodschaft Pommern unter den Kreis Soldau an die kongresspolnische Wojewodschaft Warschau abgehen, dafür aber durch einen polnischen und vier kongresspolnische Kreise vergrößert werden. Die Städte der Wojewodschaft Pommern würden sich dadurch von 16 886 qkm auf 26 241 km vergrößern. Die Einwohnerzahl der heutigen Wojewodschaft beträgt nach der letzten polnischen Volkszählung vom 9. Dezember 1931 1 066 000. Nach dem Projekt würde sie mit dem Kreis Soldau 26 000 Menschen in Kongresspolen verlieren, dafür jedoch mit den Kreisen Roman, Radom, Kielce, Brzozów, Schubin, Hohenloja und Strelno 460 000 und mit den Kreisen Rypin, Lipno, Nieszawa und Włocławek 458 000 Kongressler erhalten; insgesamt würde ihre Einwohnerzahl also auf etwa 2 008 000, d. h. auf fast das doppelte steigen.

Die Wojewodschaft Polen soll nach den Vorschlägen der Stadtkommission für die sechs Kreise, die sie an Pommern

abgegeben hat, von der kongresspolnischen Wojewodschaft Łódź, obwohl sie unter andere Kreise erhalten, und zwar Slipce, Konin, Koło, Kalisz, Turek und Wieluń. Sie würde an Stelle der 6010 qkm, die sie an Pommern abgab, 8415 qkm von Kongresspolen erhalten und damit ihre Gesamtfläche von 26 520 qkm auf 28 965 qkm vergrößern. Ihre Einwohnerzahl beträgt beim jetzigen Gebietsumfang 2 114 000; an Stelle der 460 000 Seelen, die Pommern zugewiesen wurden, würde sie von Kongresspolen einen Zusatz von 588 000 Seelen zu versieben haben. Die Bevölkerung würde sich demnach auf fast 2,5 Millionen vermehren. Der Anteil der kongresspolnischen Kreise an der Gesamtbevölkerung der vergrößerten Wojewodschaften würde sich bei Pommern auf 22 v. H. des Polen auf 32 v. H. belaufen. Wenn man bedenkt, daß in den vergangenen 15 Jahren Hunderttausende von Kongress- und Galizienpolen eingewandert sind (siehe hierüber: „Ostland“, Jahrgang 1932, Nr. 7, Seite 20, Seite 230 und Nr. 32 Seite 380), dann erkennt man sehr leicht, daß das Ziel, die die politische Regierung mit der Neuordnung der Wojewodschaften verfolgt, die offizielle Überbreitung der westlichen Verwaltungsgebiete, in hohem Maße erreicht wird. Innerhalb der erweiterten Wojewodschaften Polen und Pommern wären mit einem ähnlichen Bevölkerungsanteil von etwa 30—40 v. H. zu rechnen!

Der Anteil der deutschen Bevölkerung würde sich in den beiden Wojewodschaften durch den Anschluß kongresspolnischer Kreise etwas vermindern, da das deutsche Element in diesen Kreisen nur verhältnismäßig schwach vertreten ist. Wenn man nun über die polnische Bevölkerung des letzten Jahres zugrunde legt (was als möglichst der bei dieser Zahlung angewandten Methoden nahezustehend ist), mit wesentlichem Vorbehalt geschehen kann), so ergibt sich für Pommern und Pommern folgendes Bild (Zahl der Deutschen absolut und in v. H. der Gesamtbevölkerung):

	Wojewodschaft	109 696 = 10,1 v. H.
Zusammen:	Kolmar	12 775 = 22,1 "
	Wieluń	13 949 = 20,8 "
	Brzozów	20 447 = 11,6 "
	Hohenloja	8 564 = 10,3 "
	Schubin	9 810 = 20,4 "
	Strelno	1 791 = 4,4 "
	Rypin	5 900 = 6,8 "
	Lipno	7 000 = 6,0 "
	Nieszawa	12 000 = 12,0 "
	Włocławek	5 500 = 2,7 "
Abgang:	Soldau	2 663 = 10,2 "

Erweiterte Wojewodschaft 205 569 = 9,9 v. H.

Hierzu ist zu bemerken: In den bisher veröffentlichten Ergebnissen der letzten polnischen Volkszählung von 1931 sind nur die „Politisch-sprechenden“ und „Anderersprachigen“ aufgeführt. In den ehemals preußischen Gebieten kann man nun „Anderersprachige“ = Deutsche nennen. Anders liegen die Dinge in den fraglichen kongresspolnischen Kreisen, wo unter den „Anderersprachigen“ Deutsche und Juden zusammengefaßt sind. Man muß sich, um die Zahl der Deutschen in diesen Kreisen zu erhalten, also damit befreien, daß man die Volkszählung von 1921 heranzieht, die damaligen Bombardierzäfte der

deutschen Bevölkerung als konstant anzunehmen und dennoch die heutige Zahl der Deutschen wenigstens annäherungsweise errechnen. Dann würde immer noch dem Ergebnis der politischen Volkszählung die Zahl der Deutschen in der vergrößerten Wojewodschaft Pommerellen etwas über 200 000 betragen, gegenüber rund 110 000 in der jetzigen Wojewodschaft. Der deutsche Anteil an der Gesamtbewohlung würde sich von 10,1 v. H. auf 9,9 v. H. senken.

Wesentlich ungünstiger würde hinsichtlich ihres Deutschiums die Wojewodschaft Posen bei der projektierten Verwaltungsreform abschneiden. In den kongresspolnischen Kreisen, die dieser Wojewodschaft zugestellt werden sollen, macht das Deutschland nämlich kaum mehr als durchschnittlich 4 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Es ergibt sich also folgendes Bild:

Heutige Wojewodschaft: 201 409 = 9,5 v. H.
Suumwach: Silesia, Konin, Kolo, Radom, Czestochowa:

Abgang: 6 potenzielle Kreise 67 336 = 14,6 v. H.

Erweiterte Wojewodschaft: 167 073 = 6,7 v. H.

In der erweiterten Wojewodschaft Posen würde es also nur noch 167 000 Deutsche gegen heute 201 000 geben; der deutsche Anteil würde statt heute 9,5 v. H. (noch polnischer Zählung!) nur noch 6,7 v. H. betragen.

Die stärkste räumliche Erweiterung soll durch die Verwaltungsreform die Wojewodschaft Schlesien erfahren, die sich heute aus dem an Polen gefallenen Teil Preußisch-Oberschlesiens und dem Polen zugefallenen Teil Oberschlesiens zusammensetzt. Die Wojewodschaft Schlesien, die heute mit einer Fläche von 4250 Quadratkilometern nur etwa 1,1 v. H. der Gesamtfläche des polnischen Staates umfasst, soll aus Kosten ihres beiden Nachbarwojewodschaften Riesa und Krakau um etwa 5500 Quadratkilometer vergrößert werden. Sie soll nach dem Projekt der erwähnten Verwaltungsreform-Kommission erhalten von Kongreßpolen die Kreise Czestochowa, Bendzin, Jaworzno und eventuell einen Teil des Kreises Olsztyn, von Woiwodschafft Biala und Saybusch (Zwierzyniec) ganz und von den Kreisen Auschowitz (Oswiecim) und Chrzanow einen Teil. Wie die neuen Orlęgungen der Wojewodschaft Schlesien verlaufen sollen, ist in den Vorstößen der Kommission noch nicht endgültig festgelegt worden. Wenn von den Kreisen Olsztyn und Auschowitz die Hälfte, von dem Kreise Chrzanow ein Drittel und die übrigen erwähnten Kreise ganz der Wojewodschaft Schlesien zugestellt würden, so würde deren Einwohnerzahl, die im heutigen Umfange nach der Volkszählung vom Dezember vorigen Jahres 1,3 Mill. beträgt, sich um etwa 500 000 erhöhen. Und was würde dieser Suumwach aus dem Osten sein polnisch sein, wenn Deutsche gibt es in den neu hinzukommenden Kreisen nur vereinzelt; und die dortigen Juden kommen (ebenso wie diejenigen in den Polen und Pommereien) zuwandernden Kreisen der Wojewodschaften Lohr und Warthow als Zuwachs für das Deutschtum nicht in Betracht. Dennoch würde sich der deutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung der vergrößerten Wojewodschaft gegenüber dem heutigen Zustand sehr wesentlich verkleinern. Nun ist aber gerade in Oberschlesiens die Frage, wie viele Menschen sich dort als Deutsche betrachten, umstritten. Die polnische Volkszählung, die am 9. Dezember vorigen Jahres nur 100 161 = 7,7 v. H. Deutst. in der Wojewodschaft festgestellt hat, kann hier nicht als maßgebend erkannt werden, ganz abgesehen von allen übrigen Zeichenwelten schon deshalb nicht, weil sie nicht nach der Nationalität, sondern nach der Muttersprache gefragt hat. Ein zuverlässiges Bild von der Stärke der deutschgeführten Bevölkerung in der Wojewodschaft würden die Wohlergebnisse bieten, wenn bei den Wahlen die Wahlergebnisse der Wähler garantiiert gewesen wären. Das dies unter dem Terror des Aufständischenverbandes und seines Protektors, des Wojewoden Grzymkini, nicht der Fall gewesen ist, ist nur Genüge, bekannt. Dass auch im polnischen Lager Unklarheit über die Stärke des oberösterreichischen Deutschtums besteht, beweist z. B. die Tatsache, dass die Krakauer Industrie und Handelskammer im Jahre 1910 die Zahl der Deutschen in der Wojewodschaft nicht mit 100 000, wie es die amtliche Statistik für 1911 tut, sondern mit 260 000 angibt; das sind nicht 7,7, sondern 20 v. H. Legt man die 100 000 der polnischen Volkszählung zugrunde, dann würde sich der deutsche Anteil an der Wojewodschaftsvergrößerung nach der Gebietserweiterung auf 4,5 v. H. verringern; bei Zugrundeziehung der Krakauer Zahl würde sich der Vomhundertstog von 20 auf 11,8 vermindern.

Aber es kommt bei der nationalpolitischen Beurteilung der Wojewodschaftsvergrößerung, wie schon angedeutet, nicht allein auf die deutsche Minorität an. Denn das Projekt wird nicht nur von dieser, sondern von fast der gesamten alteingesessenen Bevölkerung der Wojewodschaft ohne Unterschied der Muttersprache abgelehnt. Die Oberschlesier legen wenig Wert darauf, mit kongresspolnischen und galizischen Kreisen in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst zu werden. Ihr Bedarf an „Volksgruppen“ aus dem Osten ist durch die seit zehn Jahren unter amtlicher Förderung andauernde Massenwanderung vollaus gedeckt. Die Verwaltungsreform wird von der autochthonen Bevölkerung der Wojewodschaft als eine ausgesprochene Oberschlesien-Feindlichkeit angeschaut und empfunden. Denn vermutlich würde die Erweiterung der schlesischen Wojewodschaft um 900 000 Kongreßpolen und Galizier in Verbindung mit den während der letzten zehn Jahre bereits zugewanderten be-

deuten, dass die alteingesessenen Schlesier in der erweiterten Wojewodschaft in die Minderheit geraten. Das aber wäre das fatalste Ergebnis der Autonomie. Auf diese von Polen Oberschlesien freiwillig verliehenen Autonomie wird kein Oberschlesier freiwillig verzichten. Denn sein Heimat ist mehr als ein aus der Bande herausgelöster Säckel Verwaltungseinheit; sie trägt ihren eigenen, nach Deutschland weisenden Charakter, der, wie die „Rattonier Zeitung“ kühn geschriften hat, „durch polnischherrschaftige Geschichte und polnischherrschaftiges Kulturerbe eine tiefe, gerade an den Oberschlesien sich abzeichnende Eigenschaft hat, was man Ihnen rein optisch feststellen kann, wenn man an irgendeiner Stelle diese Straße überstreift, dort, wo gepflegter Wald plötzlich endet und in kargen, zum Teil trostlosen Acker übergeht, dort, wo man aus blühenden Dörfern hinübersehlt in diese Hufen armlicher Hütten, aus denen heraus die Menschen mit ganz anderen Augen, aus einem Blicken; oder an jenen anderen Stellen, wo Bendzin und Sosnowitz eine andere, märchenhaft schwungvolle Welt einen entdecken lassen.“

Was hier vor dem liegen durch Geschichte und Menschenanschlag bedeckten Gegenseitig im Kulturrubens und in der sozialen Struktur Oberschlesiens auf der einen und Kongreß- und Galizienpolens auf der anderen Seite gezeigt wird, das gilt in nicht geringerem, eher in noch höherem Maße von Polen und Pommern im Verhältnis zu Kongreßpolen. Die polnische Verwaltungsreform führt mit absoluter Sicherheit zu einer weiteren Senkung des kulturellen und sozialen Lebensstandards des früher preußischen Gebietes. Diese klar vorauszeichnende Wirkung macht diese Reform zu einer Angelegenheit, die nicht nur Polen allein, sondern alle angeht, die ein Interesse daran besitzen, dass die kulturelle Barbarei der „Warteschweif“ Polens sich nicht noch weiter in die polnisierte Verwaltungsreform Europas einstirbt. Die polnische Verwaltungsreform ist — auch abgesehen von den Auswirkungen, die Polen hinlänglich der Autonomie überlassen — eingesogen in eine europäische Frage, nicht anders als die Grenzrevolutionsfrage eine europäische Angelegenheit ist.

Dr. R.

Beck und Sembek in Berlin.

Der polnische Außenminister Oberst Beck und der Bismarckminister im Außenministerium Graf Sembek haben sich am 19. November in Berlin auf; Graf Sembek hat, wie es scheint, mit dem Augustenamt in der Abtrünnungsfrage Führung genommen. Dieser Bevölkerung in Deutschland sowohl wie in Polen einiges Aufsehen erregt. Die polnische Regierungssprecher erklärt den Bevölker mit der oft zitierten „Friedensliste Polens“, das von seinen Bemühungen in Frieden und Frieden zu leben, auch das benötigte Deutschland nicht ausreichend wolle, über Zweck und Absicht der Berliner Verhandlungen Sembek lässt sich nur Vermutungen aufstellen. Auf jeden Fall ist, dass der „Flüster-Kurz“ Tod, der im Regierungssitz steht und sonst nicht oft genug vor der „Heiligkeit der Verträge“ zu sprechen weiß, die Gelegenheit des Berliner Bevölkeres der polnischen Minister zu der Feststellung benutzt hat, dass das Vassallat-Diktat einiges unumstößliche Bestimmungen enthält, die dringend der Revision bedürfen, und dass er dabei den Kauf der Kolonien eine dem Polenwismus gleichkommende Vergewaltigung nennt und vom England die Rückgabe der Kolonien an Deutschland verlangt. Man kann sich leicht vorstellen, warum der „Kurz“ — sicherlich nicht ohne Willen und Wissen der Warthowitzer Regierung — gerade hinsichtlich der Kolonien ein solches Entgegenkommen gegenüber Deutschland an den Tag legt. Ein anderer, in diesem Halle England, soll dafür sorgen, dass die deutsche Revisionspolitik von der gefährlichen Ostgrenzenfrage abgesenkt wird. Endlich müsste Polen, schreibt der „Kurz“, fordern, dass es mit der Frage der Grenzrevision in Frieden gelöscht werde, einer Frage, die ihm jetzt Jahre hindurch so viel Angst bereitet habe. In den nächsten Monaten werde das Schicksal Europas entscheiden. Jetzt sei es noch möglich, den Status quo in der europäischen Politik zu regeln (also eine Grenzgarantie zu erreichen). Wenn das aber jetzt nicht gelinge, so seien neue Verhandlungen zu beschließen, die die internationalen Beziehungen unzulänglich lösen würden. — Deutschland, wenn wir dem „Kurz“ verfolgen, wird sich durch die Kolonialfrage nicht von der Ostgrenzenfrage abringen lassen, sondern angehoben der „Friedensabkommen“, die aus Polen herüberklingen, um so aufmerksamer auf alle Stimmen horchen, die sich auf Ostpreußen äußern, auch auf die Stimmen in Warschau, die sich sehr davon erjubeln, dass Sembek in London, wo er kurz vor seinem Berliner Auftritt gewesen ist, gerade herausgebragt worden sei, welche Grenzrevision Polen Deutschland zuzugelehen bereit sei, und dass ihm in London dringend nahegelegt worden sei, ein Komptenz in der Ostgrenzenfrage in die Wege zu leiten, die Deutschland heute noch mit leichter zu befreidigen sei als in zwei oder drei Jahren, wo es mit weitergehenden Forderungen herortrete. Es ist nicht bekannt, was Sembek darauf geantwortet hat. Bleielt ist der Kolonialrevisionsschlag des Krakauer „Kurz“ seine Antwort gewesen?

Was kommt bei der nationalpolitischen Beurteilung der Wojewodschaftsvergrößerung, wie schon angedeutet, nicht allein auf die deutsche Minorität an. Denn das Projekt wird nicht nur von dieser, sondern von fast der gesamten alteingesessenen Bevölkerung der Wojewodschaft ohne Unterschied der Muttersprache abgelehnt. Die Oberschlesier legen wenig Wert darauf, mit kongresspolnischen und galizischen Kreisen in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst zu werden. Ihr Bedarf an „Volksgruppen“ aus dem Osten ist durch die seit zehn Jahren unter amtlicher Förderung andauernde Massenwanderung vollaus gedeckt. Die Verwaltungsreform wird von der autochthonen Bevölkerung der Wojewodschaft als eine ausgesprochene Oberschlesien-Feindlichkeit angeschaut und empfunden. Denn vermutlich würde die Erweiterung der schlesischen Wojewodschaft um 900 000 Kongreßpolen und Galizier in Verbindung mit den während der letzten zehn Jahre bereits zugewanderten be-

Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ für 1933

bringt in Wort und Bild interessantes lehrreiches Material über Land und Leute der Osthmark; er klärt über die Geschichte des Orients und seine Bedeutung für unser Vaterland im überzeugender Weise auf, beleuchtet die deutsche Kultur des Orients und die Mission des dortigen Deutschtums. Er bietet aufsehendes ostmärkisches Unterhaltungsmaterial in reicher Fülle. Als wickelhaftes Werbemittel für den deutschen Osten

ist er in hervorragendem Maße geeignet. Bestellungen sind sofort an die Kulturrabteilung des Deutschen Ostbundes zu richten. (Postfachkonto Berlin 104726). Preis für Nichtmitglieder nur 1,50 RM, für Ostbundmitglieder nur 1,20 RM, jährlich 15 Pt. Postgebühr. Die Ortsgruppen erhalten bei Sammelbestellungen, die sofort auszugeben sind, erhebliche Preisminderung.

Abrüstung und Ostlocarno.

Die englische Presse hat sich in letzter Zeit auffällig stark mit der deutsch-polnischen Grenzfrage, d. h. mit der Korridorfrage, befasst, in der sich für die englische Öffentlichkeit das Problem der deutsch-polnischen Grenze im wesentlichen eröffnet. Vor allem hat sich die englische Presse neuerdings ohne Unterschied der politischen Richtung energisch gegen eine Garantie der deutsch-polnischen Grenze durch England gewandt, weil dieses sich durch eine solche Garantie der Gefahr auslegen würde, in einem etwaigen Konflikt zwischen Deutschland und Polen hineingezogen zu werden. Sehr deutlich wurde in der englischen Presse die Meinung vertreten, daß England keine Verantlohung habe, sich, um Polen den Besitz des Korridors zu sichern, in Schwierigkeiten zu führen. Der Krakauer „Sługa Kur. & Co.“ brachte am 17. November einen Bericht seines Londoner Korrespondenten, der sich bemüht, „die verdeckte Aktion für die Revision der deutsch-polnischen Grenzen“, die seit mehreren Wochen von der englischen Presse betrieben wird, zu erklären. „Die Regel haben wir uns“, schreibt der Berichterstatter des „Kurier“, „in Polen daran gewöhnt, uns mit einer derartigen Propaganda abzufinden, indem wir sie einfach als von der Wilhelmstraße inspiriert hinstellen und den Deutschen Auswärtigen Amt eine geradezu diabolische Kraft zuschreiben. Das ist grundsätzlich richtig. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die von der Wilhelmstraße geleitete Propaganda stark und in ihrem Mittelstil nicht wölbend ist. Trotzdem“, meint der Berichterstatter des „Kurier“, „dort es falsch, in der Aktion der englischen Presse ausschließlich das Ergebnis der Tätigkeit des Auswärtigen Amtes und seiner Agenten in London zu sehen. Die englische Presse lebt patriotisch und tut niemals etwas, was mit den Interessen Großbritanniens in Widerspruch steht“, womit der Berichterstatter des „Kurier“ doch zugibt, daß eine Revision der deutsch-polnischen Grenzen, die sie ja von der englischen Presse befürwortet wird, den englischen Interessen entspricht. Er geht sogar weiter und hält im Gegensatz zu der in Polen landläufigen Auffassung von der „diabolischen Kraft“ des Auswärtigen Amtes ausdrücklich fest, daß die englische Presse zu ihrem Eintreten für die Grenzrevision nicht durch deutsche Agenten, sondern durch die nationale Verantwortungsbehörde veranlaßt werde. „Es ziehe“, sagt er, „der englische Presse moralisch unrecht tun, wenn man meinte, sie unterliege Berliner Inspirationen... Solange die Revision der deutsch-polnischen Grenzen nur das Stichwort des Boulevarddoktoren „Daily Express“ des Lord Beaverbrook war, konnte man schwer von Vorhandensein einer Revolutionsaktion sprechen. Jetzt dagegen, wo Lord Roberts mehrere Organe, die „Daily Mail“, der Regierung sehr nahesteht, der Propagator einer Grenzrevision geworden ist, und wo auch die „Times“ die Revision der territorialen Besitzungen des Verfaulter Vertrages erörtern kann, kann man das Vorhandensein dieser Aktion nicht mehr bestricken.“

Ein noch ungeklärter Widerspruch scheint zwischen der Stellungnahme der englischen Presse zur Ostgrenzfrage und der Haltung zu bestehen, die die englische Regierung im Rahmen ihres Abrüstungsprogramms zu dieser Frage einnimmt. Es trifft zwar zu, daß die Einstellung des englischen Außenministers Simon in der Frage der rüstungspolitischen Gleisüberbrückung heutzutage wesentlich deutschfreundlicher ist als noch vor wenigen Wochen. Doch enthält auch der neue Plan, den er am 17. November vor dem Büro der Abrüstungskonferenz entwickelt hat, u. a. hinfällig die Verstärkung der Gleisüberbrückung – mit der Sicherheitsfrage Vorstöße, denen man auf deutscher Seite mit vorstichtiger Zurückhaltung wird begegnen müssen. Simon führt hierzu im wesentlichen aus: Sömtliche europäischen Staaten vereinigen sich der föderalen Erklärung, daß sie unter keinen Umständen juchen werden, einen Streitfall irgendeiner Art in der Gegenwart oder Zukunft unter sich mit Gewalt zu lösen. Selbst wenn es sich hierbei um eine Widerbelugung des Kelloggaktes handele, wäre dies nicht unzulässig. Eine vollständige Abrüstung in Europa liege heute die Zukunft entgegen. Diese Zukunft könne nur durch eine möglichst positive und klare Erklärung aller europäischen Mächte überwunden werden. Die englische Regierung wolle jedoch keineswegs die bisherige Methode friedlicher Regelungen, sei es auf diplomatischem Wege, sei es durch Rückgriff auf den Artikel 19 des Völkerbundpaktus (Revision internationaler Verträge) ausüben. Die englische Regierung lehne auf das entschieden die Auffassung ab, daß eine derartige Verpflichtung keinen Wert habe. Die Anerkennung des moralischen Rechtes der Gleisüberbrückung bedeutet für Deutschland wie für die anderen Staaten die Annahme einer entsprechenden Verpflichtung.

Die offizielle Verpflichtung nach Auffassung Simons im einzelnen aussehen soll, ob sie vor allem lediglich den Bericht auf Gewaltanwendung bedeutet, läßt sich aus seiner Generäle Rede nicht deutlich erkennen. Es ist nicht unmöglich, daß Simon an eine allgemeine Vereinbarung denkt, die – auf die Ostgrenzen angewandt – einer bestreiteten Garantie dieser Grenzen durch Deutschland gleichkommen würde. Der Standpunkt der Gleisüberbrückung soll nämlich noch Anfang Simons nicht sofort uneingeschränkt annehmbar, sondern nur in Stufen durchführbar sein. Dabei sollen, wie Simon sagte, „seine Jahre gutachtdarbarer Beziehungen“ zur wirklichen Vorbereitung der zweiten Etappe dienen. Hier steht der Gedanke eines „politischen Waffenstillstandes“, den Polen bereits im vergangenen Jahre einmal Diskussion gefestelt hatte, seine Auferstehung zu seien. Das könnte wieder überhanden; denn die englische Regierung hatte schon mehrfach mit dieser Idee eines bestreiteten Ostlocarno gespielt.

Mit großer Klärheit und allen Konsequenzen ist der Ostlocarno-geklagte dagegen in dem Herrichtlichen „Sicherheits- und Abrüstungspakt“ enthalten, der übrigens weder den wahr-politischen Gleisüberbrückungsanspruch Deutschlands anerkennt, noch überhaupt an die Frage der allgemeinen Abrüstung ruht. Herrichts Plan geht von der sogenannten „Generäle Generaldeklaration“ der Regelung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit aus. Diese Akte, der nach Herrichts Plan allen Staaten beitreten sollen, sieht die Bildung eines besonderen Schiedsgerichtes vor, das für alle, auch die ausgesprochen politischen internationalen Streitfälle zuständig ist. Das Bedenkliche an diesem Schiedsgericht ist nun, daß es seine Urteile lediglich auf Grund der geltenden Verträge zu fällen hat (Art. 28) und damit den Staaten, die ein Interesse an einer Revision dieser Verträge haben, nicht nur keine Möglichkeit bietet, sondern im Gegenteil sogar jedes Mögliche nimmt, eine Abdärtung der bestehenden Verträge zu betreiben. Das heißt: Die Generaldeklaration befürwortet sogar die Möglichkeit einer friedlichen Revision der Friedensdiktate, die heute noch auf Grund des Art. 19 der Völkerbundsaufnahme besteht. Darüber hinaus dürfen der Generaldeklaration beitreitenden Staaten auch noch einen Vorbehalt hinsichtlich solcher Streitfälle machen, die sich auf ihre Grenzen beziehen, so daß z. B. Polen durch einen solchen Vorbehalt die deutsch-polnische Grenzfrage auch formell von jeder Behandlung vor dem Schiedsgericht von vornherein ausschließen könnte. Unverständlich bleibt es daher, wie es Reichskanzler von Papen festgebringen konnte, sich vor internationalen Pressevertretern über den Herrichtlichen „Sicherheits- und Abrüstungspakt“ gänzlich zu äußern, sowohl dieser, wie erwähnt, ein hundertprozentiges Ostlocarno einschließt.

Reben vielen andern englischen Blättern begegnet sich auch der Londoner „Observer“ kürzlich im Zusammenhang mit dem Abrüstungsproblem mit der Korridorfrage; er schreibt: „Die Abrüstung ist nur ein Symptom, aber nicht der Zweck. Die große Aufgabe beruht darauf, mit der Befestigung der hauptsächlichen Uferlinien der Küsten und der möglichen Gründe eines eventuellen Krieges zu beginnen. Nach dieser Richtung hin haben die berühmten Staatsmänner Europas im Laufe von 14 Jahren auch nicht einen Finger gerührt. Man muß von der praktischen Seite anfangen. Der zwischen Ostpreußen und Deutschland eingetragene polnische Korridor ist das dringlichste Problem in der Welt. Wer sich darüber nicht klar ist, der weiß nichts, aber auch gar nichts von der Hauptaufgabe Europas. Die direkte territoriale Vereinigung eines ununterbrochenen Deutschland muß wiederhergestellt werden... Warum sollte nicht, so meint das Blatt dann, ein deutscher Korridor nach Ostpreußen über den polnischen Korridor möglich sein? Die moderne Technik könnte dieses Problem lösen, indem sie die Überführungen für die Eisenbahnen und Chausseen über den deutschen Streifen von beschränkter Breite bauen würde. Würde man diese Idee praktisch ausüben, so würde man dem Abrüstungsproblem mehr dienen als alle juristischen Argumente in der Welt.“ – Es ist klar, daß man ein so eminent politisches Problem, wie es die deutsch-polnische Grenzfrage ist, nicht mit technischen Kunstbauten zu lösen vermag. Der Vorstoß eines „Korridors durch den Korridor“ ist übrigens schon mehrfach und in verschiedener Form, einmal z. B. von französischer Seite, dann einmal von Coudenhove-Kalergi unter Beihilfe schweizerischer Ingenieure gemacht worden.

Polnische Hoffnungen auf Roosevelt.

Bei der Bedeutung, die man in Polen der Beurteilung des deutsch-polnischen Verhältnisses seitens der amerikanischen Öffentlichkeit und Regierung beigelegt ist, ist es schiefherzig, daß sich die polnische Presse recht eingehend mit der Wahl Roosevelts zum Präsidenten befaßt und allerlei Betrachtungen über die möglichen Auswirkungen des demokratischen Wahlganges auf die zukünftige Einstellung der Vereinigten Staaten zu Polen angestellt hat. Dab diese Betrachtungen durchweg optimistisch sind, ist nicht verwunderlich, da mit Roosevelt ja seit 12 Jahren nun erstmals wieder ein Mann derjenigen Partei auf den amerikanischen Präsidentenstuhl kommt, der Woodrow Wilson und all die anderen amerikanischen Politiker angehört haben und angehören, die in Bezeichnungen das neue Polen, wo sie es heute hoffen, geschaffen haben. So schrieb z. B. der Krakauer „Märk. Kurz. Tsch.“:

„Nach 11 Jahren der republikanischen Regierungen gelangt eine Partei zur Macht, deren Ideologie von dem Präsidenten Wilson und seinen nächsten Mitarbeitern, mit dem Obersten Hofste und der Spieß, repräsentiert wurde. Uns Polen, die übrigens stets durch eine traditionelle Freundschaft mit den Vereinigten Staaten verbunden waren, verknüpft mit dieser Partei, hören der größten Sympathie, denn niemals kann das Jahr 1918 und der 15. von den 14 Punkten Wilsons über Polen vergessen werden. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß Polen sogar in der letzten Zeit seine Gefühle durch die im vorjigen Jahr erfolgte Enthüllung eines Denkmals für den Präsidenten Wilson in Polen, durch die Umbenennung von Straßen und Parks in vielen polnischen Städten, sowie durch den Empfang der Frau Wilson durch den Präsidenten der Republik zum Ausdruck gebracht hat. Schließlich wurde in diesem Jahre in Warschau ein Denkmal des Obersten Hofste enthüllt. Alle diese Erfolgen waren ein Beweis der Anerkennung für den großen Präsidenten, der, sich von Rückblicken der Gerechtigkeit leiten ließ, als erster die Solidarität der Amerikanischen Regierung mit dem uns seine Unabhängigkeit kämpfenden polnischen Volke manifestiert und so große Verdienste bei dem Wiederaufbau des polnischen Staates erworben hat. Mit auf-

richtigen Gefühlen und dem Glauben an eine politische Lösung der überaus schweren Aufgaben, die des neuen Präsidenten barren, nimmt Polen den Sieg der Demokratischen Partei an.“

Es ist nicht recht klar, was sich die Polen über diese allgemeine Sympathie, die allerdings recht wertvoll sein kann, hinaus von der Wahl Roosevelts Politiques erhoffen. Wann Oberst Hofste, der Seinzeit als Vertrauensmann Wilsons eine für Deutschland so vorhängnisvolle Rolle gespielt hat, wieder in eine ähnliche Stellung wie damals zurückkehren würde, wäre das für die Polen freilich ein sehr wesentlicher Erfolg. Der „Kurier Poznański“ wies in einem Artikel vom 10. November darauf hin, daß Roosevelt bereit zu sein scheine, in der Friedenshudes- und Schatzhülfesfrage den europäischen Ländern gegenüber Entgegenkommen zu wollen und daß der Herrscher „Abstüzungspläne“ den Beitritt der Vereinigten Staaten vorbereite. „Wer wird die diese Hoffnung verwirklichen?“ fragt der „Kurier Poznański“. Wird Roosevelt die Erfahrung seines letzten demokratischen Vorgängers, Wilsons, vergessen, der nach einer Zeit des Triumphes gefeuert wurde, weil er sich in den europäischen Fragen, nämlich in Sachen der Sicherheit, des Völkerbundes usw., zu weit engagiert hatte? Die Frage, welche Politik Roosevelt den europäischen Ländern gegenüber befolgen wird, ist übrigens im Augenblick noch nicht eckig. Bereit wird Präsident Hoover noch vier Monate lang im Amt bleiben. Bis Roosevelt im Weiße Haus einzieht, kann sich noch vieles ändern. Er wird der Kosciusko-Rachaua tragen müssen, daß in der Welt die Zustimmung nicht mehr besteht, aus der heraus das Verfasser-Diktat entfließen könnte und der Polen seine ungestricherte Vergleichsart auf Kosten Deutschlands verdenkt. Wir können jedoch sicher sein, daß die Polen die Zeit bis zum Amtsantritt Roosevelts nicht ungenutzt liegen lassen, um sich bei dem neuen Präsidenten und seinen Mitarbeitern von vornherein eine sichere Position zu verschaffen, von der aus sie verhüten werden die Europapolitik der Vereinigten Staaten, vor allem deren Einstellung zur Sicherheits- und Revisionsfrage, im antideutschen Sinne zu bestimmen.

„Fritz Sellin“.

Die Polen sind mit dem Verfasser der Broschüre „Die polnische Frage“, die wir in Nr. 46 eingehend besprochen haben, wie man sich denken kann, in hohem Maße zufrieden. Uns „Gesetz Ödanka“ z. B. hat die „Inflationäre Broschüre“ dieses „Fritz Sellin“ in ihrer Nr. 213 vom 16. September der Beachtung empfohlen. „Fritz Sellin“, meinte sie, „ist, wie man aus den Zeilen leicht heraushören kann, ein ehemaliger preußischer Stabsoffizier, der einer alten Adelsfamilie entstammt.“ Er habe seine Veröffentlichung gewissenhaft und objektiv niedergeschrieben; er habe „das straffreiche Vergessen des ungeborenen „Berdianer Polens““ voran, das im Jahre 1920 „mit der Brust seiner heldenhafsten Soldaten“ Weltuntero gegen die polnisch-sowjetische Art geschüttet und dadurch die christliche Kultur gerettet habe. Die Broschüre Sellins, heißt es zum Schlus, sei ein wahres politisches Ereignis und solle auf die öffentliche Meinung des Auslandes entsprechenden Einfluß ausüben. „Weltweit“, so hofft das Polenblatt, „wird es Sellin gelingen, den deutschen Kopfen die Wahrheit über das so furchtbare angewärmte Polen einzuhümmern“.

Wir können den Polen versichern, daß sie mit Leuten wie Sellin wenig Freude einzehlen können. Preußischer Offizier soll er gewesen sein? Und einem alten Adelsgeschlecht soll er entstammen? Wie sind es im allgemeinen gewohnt, daß preußische Offiziere und Angehörige alter Adelsgeschlechter genau Zielsurrogate bezeichnen, um ihre Veröffentlichungen mit ihrem Namen zu decken, was bei „Fritz Sellin“ nicht der Fall zu sein scheint. Für die Arbeitsmethode „Fritz Sellin“ ist übrigens folgender Bericht bezeichnend. Dem Oberbürgermeister von Sülz, Dr. Salze, wurde unaufgefordert und kostenlos wie zahlreichen anderen führenden Persönlichkeiten im In- und Auslande ein Exemplar der Sellinschen Broschüre geschickt. Dr. Salze hat dieses „Gesetz“, da ein Abhänger nicht anging, an, an die Druckerei G. Mönnig in Friedberg in Hessen mit folgendem Begleittexte zurückzusenden lassen: „Wenn eine deutsche Firma ein derartiges Buch druckt, ja ist das beschämend, und wenn man es kauft, mit ein derartiges Buch zu präsentieren, so ist das eine Anmaßung, die ich mir verbiete.“ Darauf hat Dr. Salze ein Schreiben folgenden Wortlauts erhalten, das der Veröffentlichung wert ist, da es die Gesinnungserfassung der Leute, die hinter der Sellinschen Broschüre stehen, treffend charakterisiert:

„Mein Freund, Herr Baudirektor der polnischen Stadt in Friedberg, hat mir von Ihrem unverstümten Brief vom 1. Juli 1932 Kenntnis gegeben. Der Brief zeigt deutlich, daß Sie sich auf den Titel „Sohn des Stromes“ noch recht sicher fühlen. Daß der litauische Republik würden Sie sich wohl gehabt haben, so zu schreiben. Wer die Broschüre von mir als ungerecht bezeichnet, müßten Sie mir schon überlassen. Die polnisch-deutsche Staatsbürger, die hinter der Broschüre stehen, und insbesondere Herr Sellin, königl. preuß. Major a. D., kennen eben die ganze königl. preuß. Bande und ihre sonstigen Verbündeten und Reichtreter so gut, daß gerade mit der Broschüre allen leidenden Männer in Osten die faule Ausrede genommen werden soll, das Ende dieser plausiblen Hege von deutscher

Seite her habe man nicht voraussehen können. Wenn uns auch jetzt noch nach § 92 i. StGB. das Reichsgericht zu ratzen versucht, so wird noch der neuen, viel fürrichtigeren Riedelsgesetz Deutschlands die Stunde kommen, wo auch Sie sich vor einem wirklich republikanischen Reichsgericht zu verantworten haben werden. Bis dahin

ges. Franz Schramberger.“

Es ist auch hier wieder bezeichnend, daß der Broschüreverfasser, der sich Franz Schramberger nennt, öffentlich Wert darauf legt, unbekannt zu bleiben. Er gibt nämlich als seine Adressen „Prinzessin-Isabell-Straße in Berlin-Charlottenburg“ an. Eine solche Straße gibt es in Charlottenburg nicht. Der § 92 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs, des der „Franz Schramberger“ zitiert, und der er offenbar sehr auf sich für anwendbar hält, hat folgenden Wortlaut: „Wer vorzüglich Staatsgeheimnisse oder Festzungswörter oder solche Urtypen, welche über oder nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Gehheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder einer Bundesstaates erforderlich ist, dieter Regierung mitteilt oder öffentlich bekanntigt, wird mit 5 Jahren nicht unter zwei Jahren Freiheitsstrafe.“ Der Brief beweist, daß sein Ableser, der vielleicht mit dem Verfasser der Broschüre stroh der verschiedenen Ramon identisch ist, die Vorstellung Ostpreußens vom Reich nicht nur falsch, sondern sogar bringend herbeimischt. Und man ist wohl in der Annahme berechtigt, daß der Broschüreverfasser sich auch mit diesen deutschstaatlichen Sünden beschäftigt. Vorauß deutet auch der Titel „Gesetz“ hin, von der „Fritz Sellin“ ausgeschreitet. Die „Chronik“ darf nun bestätigt werden, daß „meine Broschüre einer berechtigten „Selbst“ in Berlin und nicht in die „Fritz Sellin“ untergegangen hatte. Die „Chronik“ ist ein Blätterchen, das mehr oder weniger offen die Verteilung des Saargebietes vom Reich betreibt; es ist das Organ der sog. Saar-Separatisten, die eben erst bei den hartämbigsten Gemeinde- und Kreiswohltagen eine verhüllte Rüderlage erlitten haben; sie haben von den abgegebenen Stimmen noch nicht ein Hundertstel erzielt. Und sie „Fritz Sellin“ mit diesen Leuten identifiziert, braucht einen, wenn man seine Broschüre kennt, nicht mehr zu wundern. Denn er verfolgt hinsichtlich Ostpreußens die gleiche Ziele, die ihm hinsichtlich des Saargebietes die „Chronik“ und die hinter ihr stehenden Freiwilligen von der „Jugendunion“ und „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sozialdöner Interessen“ gehegt haben. Und er versucht in seiner Broschüre bislang die Offenlegung dieser Züge wie diese „Arbeitsgemeinschaft“ in ihrer „Chronik“ hinsichtlich des Saargebietes. In jenem an die „Deutsche Zeitung“ gerichteten Brief ist übrigens nur eine Stelle interessant, die lautet:

„Ich schrieb das Buch nicht, um irgend jemand zu gefallen oder legendeweise Dank einzufordern, wieso wieso ich ganz im Hintergrund blieb und zu bleiben wünsche.“ Wir haben den Grund, daß dieser Wunsch, ganz im Hintergrund zu bleiben, weniger der persönlichen Bescheidenheit des „Fritz Sellin“, als dem Inhalt des § 92 des Strafgesetzbuchs entspringt.

Basising entscheidet.

Für die Freie Stadt Danzig waren die Verhandlungen, die am 9. bis 16. November in Warschau geführt wurden, der letzte Versuch, in den dringenden Wirtschafts- und Zollfragen zu einer friedlichen Einigung mit Polen zu kommen. Es ist nicht Danzigs Schuld, daß dieser Versuch gescheitert ist. Denn es mußte sich für die Danziger Kommission als unmöglich erweisen, mit einem Partner zu einer Vereinbarung zu kommen, der gar kein Heil mehr daraus möchte, daß es seine Absicht ist, daß auf dem Wege wirtschaftlicher Verbündenheit Danzig allmählich aus politisch freies am Polen zu fallen. Polen hat bei den Warschauer Verhandlungen dieselben Forderungen gestellt, die es in seinen im September 1931 und Februar 1932 an den Hohen Kommissar gerichteten Anträgen erhoben hatte und die im Mitte August erstatteten Völkerbundsgesuchten als unbegründet und unzulässig abgelehnt worden sind. Polen hat erstmals verlangt, daß die polnische Zollregelung für die Freie Stadt unabdingbar sein soll, auch wenn diese Bestimmungen keine wirklichen Selbstbestimmungen sind, sondern sich auf das Gebiet des Gesundheitswesens, der Sicherheitspolizei, der Pressepolizei usw. beziehen, die da zum Beispiel Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, die in Polen durch Zollverordnungen verboten werden, auch in Danzig von der Einfuhr ausgeschlossen sein sollten. Polen hat weiters für keine Zollinspektoren das Recht einer unbegrenzten Kontrollbefugnis verlangt; drittens eine weitere Ausdehnung der Verpflichtung Danzigs gefordert, für die Zwecke des Zolldienstes die polnische Sprache in Anwendung zu bringen, was auf eine Abänderung des Artikels 15 des Pariser Vertrages hinauslaufen würde. Polen hat viertens die völlige Befreiung des Danziger Veredelungsverkehrs mit dem Auslande gefordert und den Vorschlag der Völkerbundsaufbauförderung abgelehnt, den Umfang dieses für eine große Anzahl Danziger Firmen unentbehrlichen Veredelungsverkehrs durch eine neutrale Stelle bestimmen zu lassen. Es hat füntens an Danzig das Anhören gestellt, auf alle Forderungen zu verzichten, die dieses auf Grund polnischer Vertragsverhandlungen, z. B. auf Grund der von — Polen rechtswidrig zur Gewährung von Exportprämien verhandelten Zollvereinungen zu erheben berechtigt ist. Vor allem hat Polen sechstens einen bedingungslosen Abbau der Danziger gemäß Artikel 212 des Warschauer Abkommen zustrebenden Kontingentsrechte gefordert, und schließlich, daß Polen es auch noch abgelehnt, sich vertraglich zu einer Einigung über die Einfuhr Danziger Waren nach Polen bebinden und unmöglich machen den Kontrollen und Beobachtungen zu verfallen. Polen hat also in allem eine bedingungslose Kapitulation der Freien Stadt auf wirtschafts- und zollpolitischen Gebiete gefordert.

Roth den Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen hat der Hoge Kommissar Helmut Körting, wie er angekündigt hatte, nunmehr seine Entschiedenheit in den drei großen Streitverfahren gefestigt.

1. Polen hatte die Abhoffnung der Danziger Eigenbedarfskontingents gefordert. Hierzu lautet der Spruch des Kommissars, daß die polnische Forderung auf alsbaldige, Abhoffnung der Danziger Eigenbedarfskontingente als nicht begründet abzulehnen ist. Um den berechtigten Interessen Polens jedoch Rechnung zu tragen, soll Polen das Recht haben, an der von Seite zu Seite vorzusehenden und die Einfuhr der Danziger Kontingente mitzuwirken. Sollte die beiden Parteien innerhalb einer bestimmten Frist zu keiner Entscheidung gelangen, wird ein Ausschuß zur Festlegung der Danziger Kontingente eingesetzt, der vorläufig aus polnischen und Danziger Mitgliedern und einem von Hohen Kommissar zu ernennenden neutralen Sachverständigen soll. Der Ausschuß soll darüber mögen, daß dem Berkauf von angesetzten bzw. umgearbeiteten Kontingentswaren in Polen kein Hindernis bereitet wird, sowie darüber, daß keine Kontingentswaren unzulässig nach Polen hineingelangen. Ferner soll er die Möglichkeit der Aufstellung der Danziger Kontingente vorbereiten.

2. Über den Antrag auf Freiheitlichkeit der in Danzig bearbeiteten oder weiterverarbeiteten Waren nach Polen hat der Hoge Kommissar folgendermaßen entschieden: Danzig hat das Recht, die Waren, deren Einfuhr auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig für den Bedarf der Danziger Industrie, der Danziger Landwirtschaft und des Danziger Handwerks im Rahmen ihrer Produktionsfähigkeit maßförmig bzw. in der Weise der polnischen Polen abzugeben. Sollte es in Danzig die Waren infolge der erforderlichen Bearbeitung oder Umarbeitung als untauglich erachtet werden, so müssen diese Waren aufzuladen, die den Abfall der genannten Waren verhindern. Ferner ist die polnische Regierung verpflichtet, die bezeichneten Waren, die von ihren Organen befreigungsamtlich worden sind, unverzüglich dem freien Verkehr zu übergeben.

3. Beigieß der polnischen Beschwerde wegen der Handhabung der Danziger Zollverwaltung befolgt die Entscheidung des Hohen Kom-

mmissars folgendes: Polen hat nicht den Nachweis dafür erbracht, daß die Danziger Zollverwaltung den polnischen Zollinspektoren durch Verweigerung der Vorlegung von Papieren, Akten, Proben u. dgl. die Ausübung ihrer Kontrolle unmöglich gemacht hat. Die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren muß in den Grenzen des Gesetzes bleiben, so daß den Dienstbetrieb nicht merklich aufhalten. — Die Aufzähllistung der polnischen Vorrichten über die Urprungsangewisse einfuhrgewobener Waren und die Richterkenntnung politischer Einfuhrgenehmigungen für Waren ohne jegliche Danziger Einfuhrbenennung entspricht nicht den Verträgen. — Die politische Forderung, daß die Danziger Zollverwaltung Schriften, die nach Ansicht der polnischen Regierung die nationale Gesäß des Bewohner der Republik Polen verleihen, nicht zur Einfuhr nach Danzig müssen darf, ist nicht berechtigt. — Die politische Forderung, daß die Einfuhr von Arzneimitteln nach Danzig nach den polnischen gesundheitspolitischen Vorschriften zu richten habe, ist nicht berechtigt. — Die politische Forderung, daß die Danziger Schatzpolizei zur Einfuhr von Sprengstoff für Eisenbahnungen u. dgl. die Genehmigung des polnischen Finanzministeriums einholen habe, ist nicht berechtigt. — Durch den Erlass der Forderung und der Dienstanordnung vom 5. Juni 1931 über die Einrichtung von Zollkreditliniendienstverlagen hat die Danziger Zollverwaltung ihre Beauftragte überstießen. — Die Maßnahmen, die die Danziger Zollverwaltung hinsichtlich der Einfuhrung der auf dem Seeweg an kommenden Waren getroffen hat, überschreiten nicht die Zuständigkeit der Danziger Zollverwaltung.

On the **Frage des passiven Veredelungsverkehrs** hat die Danziger Zollverwaltung insofern ihre Befugnisse überstritten, als sie noch nach dem 15. Februar 1922 an Danziger Unternehmen Genehmigungen zur Ausübung des passiven Veredelungsverkehrs ertheilt hat. Die Danziger Zollverwaltung hat ihre Zuständigkeit jedoch dadurch nicht überstritten, daß sie bis zum 15. Februar 1922 an Danziger Unternehmen, welche schon vorher einen gleichartigen Verkehr mit dem Auslande ausübten, Bemäßigungen zur Fortsetzung des Verkehrs gegeben hat. Die Danziger Zollverwaltung hat ferner ihre Zuständigkeit nicht dadurch überstritten, daß sie im einzelnen geprüft hat, ob ein derartiger tatsächlich stattfindender Verkehr als eines der Wegen nach berechtigter Veredelungsverkehrs angesehen werden muß. Ein Auskunft soll prüfen, bei welchen Firmen die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die Ausübung des Veredelungsverkehrs vorliegen. Kommt im Auskunft eine Einigung nicht zustande, so soll dem Auskunft durch den Hohen Kommissar ein neutraler Beisitzer beigegeben werden. — Die Danziger Zollverwaltung hat dadurch, daß sie in kleinen Grenzverkehr die polnische und nicht nur polnischstämmige Einfuhr von Waren gestattet, die ihr durch die Abkommen zuerkannte Befugnisse nicht überstritten. — Vorbehaltlich entgegengesetzter Befürmmungen gehört die **Frage der Zollabfertigungen** zur Zuständigkeit der polnischen Regierung. Danzig ist dagegen berechtigt, auf seinem Gebiet den Zolldienst in Übereinstimmung mit den polnischen Zollvorschriften zu organisieren. Die Danziger Zollverwaltung darf aber nicht gestatten, daß Waren an die Unterstelten vor Bereitstellung des Abfertigungsbehörden herausgegeben werden.

Die Danziger Zollverwaltung ist verpflichtet, **Mitteilungen der polnischen Zollinspektoren in Danzig** in polnischer Sprache entgegenzunehmen. Die polnischen Zollinspektoren, die angesichts der Art ihrer Tätigkeit die deutsche Sprache unmöglich nicht beherrschen können, dürfen indes bei Ausübung dieser Rechts nicht unerhört lassen, daß sie sich vor allem der Sorge, den Dienst zu erledigen, leisten lassen müssen. Es ist nicht nachgewiesen, daß die Danziger Zollverwaltung Beante, die die polnische Sprache bevorzugen, in nicht ausreichender Zahl beschäftigt. — Die Frage, ob bzw. inwieweit die Freie Stadt Danzig in den Fällen, in denen sie ihre Befugnisse überstritten hat, **Haftdienstpflichtig** ist, kommt erst nach Rechtskraft dieser Entscheidung höhergetragen werden.

Durch diese Entscheidungen des Hohen Kommissars ist Polen also mit seinen wesentlichen Forderungen abgewiesen worden. Danzig hat das Recht auf den Bezug seiner Eigenbedarfskontingente und das Recht auf Freiheitlichkeit seiner Waren nach Polen beibehalten erhalten. Auch hinsichtlich der Handhabung der Zollverwaltung ist in den meisten Punkten der Danziger Standpunkt anerkannt worden. Theoretisch hat also wieder einmal Danzig gesiegt. Aber Polen denkt gar nicht daran, sich um die Entscheidungen des Hohen Kommissars zu kümmern. Von der politischen Presse sind die Entscheidungen einstimmig abgelehnt worden, und die polnische Regierung hat gegen sie Berufung in Gang eingelegt.

**Unver-
züglich**

müssen Neubestellungen auf unter "Ostland" für den Monat Dezember aufgegeben werden. Bei später erfolgenden Bestellungen in einer Sonderabrechnung von 20 Pl. zu zahlen. Der Bezugssatz für 1 Monat beträgt 0,50 M. (ohne Aufstellungsgeb.)

Der Zloty-Vorstoß.

Polen geht daran, trotz der Massenproteste der Danziger Bevölkerung und trotz der Beschlüsse, die der Senat in dieser Angelegenheit auf Grund einer völlig klaren Rechtslage bereits nach Gesetzesricht hat, die Vorbereitungen für die Einführung der Zlotywährung im Danziger Eisenbahnverkehr zu treffen. Am 17. November traf ein höherer Beamter des polnischen Verkehrsministeriums in Danzig ein, um die Einrichtung von 42 Wechselkassen auf den Bahnhöfen im Gebiet der Freien Stadt in die Wege zu leiten. An diesen Wechselkassen soll sich vom 1. Dezember an nach polnischer Meinung die Danziger Bevölkerung die für die Fahrtkartenabrechnung erforderliche polnische Währung holen. Dabei bedenkt die polnische Eisenbahnverwaltung so zu verfahren, daß bei diesen Wechselstellen nicht mit polnischen, sondern mit deutscher Danziger Beamten der polnischen Eisenbahnen belegt sei, so daß sich die Entrüstung des Danziger Publikums unmittelbar nicht gegen polnische, sondern gegen deutsche Beamte richten würde. Die Danziger Bevölkerung ist entschlossen, sich diesen Eingriff in die Währungshoheit ihres Freistaates mit aller Entschiedenheit entgegenzustellen und gegebenenfalls den polnischen Vorstoß passen, durch Weidung der polnischen Eisenbahnen, und aktiv, durch Einrichtung eines Danziger Notverkehrs, entgegenzutreten.

In einer Protokollversammlung, die am 18. November in der Danziger Sporthalle stattfand, wurde einstimmig eine Entschließung, die den Danziger Schlechthabungsmeinungen bekannt, angenommen. Es heißt in ihr u.a.: „Die Danziger Bevölkerung erhebt in der polnischen Abfuhr den Ansturm zu einem Generalangriff auf die Danziger Währung, das einzige, von Polen noch nicht in den Kampf gerettete Volk der Danziger Wirtschaft, den Ansturm zu einem Generalangriff auf einander weisestenlichen Bestandteile der Staatsbehörde der Freien Stadt. Die Danziger Bevölkerung lehnt die Annahme jeder aufzugehenden fremden Währung ab. Sie sieht nur Romantik in einer auch nur teilweise Verdrängung ihrer in allen Krisen erprobten Währung durch eine schwächere Währung. Die Danziger Bevölkerung wendet sich geschlossen gegen die von der polnischen Regierung wieder geübte, vom Volkerbundrat ausdrücklich unterflogene Methode, durch Schaffung vollendetes Erfolgs den Ausgang eines Streitfalls zu beeinflussen. Sie protestiert in stärkerer Empörung gegen jede Annahme gewollter Aktionsen wider ihre Rechte und Freiheiten...“

Die polnischen Hoffnungen, auf die in innerpolnischen Schwierigkeiten Danzigs hinein zu tragen, ergo der nunmehr im Volksstare angenommene Anträge auf Aufhebung der Ermächtigungsvollmacht des Senates besteht in außenpolitischen

Fragen eine geschlossene Front aller Parteien — abgesehen natürlich von Kommunisten und Polen. Im Volksstag konnte — was schon lange nicht mehr der Fall gewesen ist — der Zlotyfrage völlige Einigkeit von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten festgestellt werden. Befreit wird die politische Regierung noch einleben müssen, daß sie auch hier wieder einmal die Stärke des Danziger Schlechthabungswillens zu gering eingeschätzt hat. Polen scheint entschlossen, es auf Biegen und Brechen ankommen zu lassen. Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Popie, hat am 14. November vor dem „Omnium Polonica“ eine Rede gehalten, in der er sich u.a. sehr scharf gegen die „Sinnung des Volkerbundes“ in die Danziger Stellfragen gewandt hat: „Man soll uns nicht mit Berichten, Sachverständigen und Gutachten drohen. Wie kann man von einem großen Volke erwarten, daß es auf seine historische Mission (!) deshalb verzichtet, weil einige freudige Sachverständige, Juristen oder Techniker diese Mission nicht zu verleisten vermögen oder sie nicht verstehen wollen?...“ Dann wäre das polnische Volk seines Namens und seiner großen Aufgabe nicht wert. Wir wollen immer daran denken, daß es eine Sünde wäre, anderes um Erlaubnis zu fragen, wenn etwas von uns allein abhängt!“ Nun, Herr Dr. Popie, was die Ehre des polnischen Namens, die hier angeblich aus dem Spiele steht, angeht, so bedeutet „Polen“ — „Polonen“ — nicht wie „Siedlungswohner“. Was haben die in Danzig und an der Orla zu suchen? In derselben Rede hat Dr. Popie auch gesagt: „Wir wollen nicht, daß die Freie Stadt aus den Säften des polnischen Wirtschaftskörpers saugt, sondern daß sie ein Alt am polnischen Stamm werde.“ Ah, möder Gott denn dieser „Alt“ zu seinem Gediehen notwendigen Säfte saugen, wenn nicht aus dem „polnischen Stamm“? Wenn man das nicht dulden will, dann bleibt nichts anderes übrig, als ihn abzuflügen — also Grenzrevolution! Dr. Popie wird erfreut sein, wenn er feststellen muß, daß die Schlusfolgerung aus der gegenwärtigen Situation Danzigs nicht nur in Deutschland, sondern auch in Auslande gängig wird. So schreibt das führende englische Wirtschaftsblatt, der „Economist“: Die große Zahl der polnischen Fälle, die seit dem Abschluß des Verfaßter Vertrages zwischen Polen und Danzig entstanden seien, müsse das Verhalten Polens, das in der gegenwärtigen kritischen internationale Lage einen neuen Zwischenfall dieser Art herorwurde, für richtig hielt, gerodet als provokatorisch erscheinen lassen. Es werde immer offensichtlicher, daß das Problem der deutschen Ostmark und des polnischen Korridors nicht länger aufgeschoben werden kann, wenn Europa wirklich zu einem dauerhaften Frieden gelangen willte.

„Niederlage und Wiedergeburt?“

In ihren Kommentaren zu den Reichstagswahlen vom 6. November hat die polnische Presse einen bemerkenswerten Optimismus an den Tag gelegt. Sie hat einerseits zwar mit Bedauern aus der erheblichen neuen Einbuße, die die polnische Vile im Oberschlesien erlitten hat, und von dem weiteren Rückgang der polnischen Stimmen in Ostpreußen Kenntnis genommen, andererseits aber mit Stolz auf den Stimmumwandl der polnisch-katholischen Volkspartei in den anderen Wahlkreisen hingewiesen. Tatsächlich steht dem Rückgang in Oberschlesien und Ostpreußen in im Vergleich zu den Juliwahlen d. J. ein gemischt Anwachsen der polnischen Stimmenjahrl in fast allen anderen Wahlkreisen gegenüber. Allerdings bemerkt sich diese Zunahme im allgemeinen in recht befreidenden Grenzen: sie betrug in den Wahlkreisen Berlin und Potsdam II jüngst noch nicht 200 und in den mitteldeutschen Wahlkreisen (Merseburg, Osthannover, Südbraunschweig, Dresden-Bautzen und Leipzig) etwa 160 Stimmen. Es handelt sich in diesen Kreisen um sehr weite Gebiete verstreut lebende polnische Wähler, deren Vorhandensein völlig belanglos ist. Von letzterer ist nur die Zusahme im Wahlkreis Frankfurt (Oder), befindet in Kreise Stolzen, und im rheinisch-westfälischen Jülich-Kleve-Berg, wo die Ergebnisse der letzten Wahl auf eine gemischt Erholung des Polentums hinweisen scheinen. In den vier westfälischen Industriewahlkreisen haben die Polen knapp 2300 und in dem erwähnten östlichen Wahlkreise etwa 200 Stimmen gemessen. Doch haben all diese Gewinne nicht ausgereicht, um den großen Verlust im Oberschlesien auszugleichen. Wenn man übrigens zum Vergleich nicht die Reichstagswahlen vom Juli, sondern die Landtagswahlen vom April d. J. heranzieht, ist in allen Wahlkreisen ein Rückgang der polnischen Stimmen festzustellen. Immerhin bleibt das östliche Aufstehen gegenüber den Juliwahlen — so belanglos es im Gesamtbild der Reichstagswahlen auch ist — beachtlich. Und es wird von der polnischen Presse auch „gebührend“ gefeiert: „Unter den landesbefreilichen Sezessionen“, schreibt z. B. die „Rozwiaz Sobieski“, „ist nur die Grenzmark mit der Polenshuk (gemeint ist der Kreis Bütow) vorstolz ausgeschrieben. ...“ Außerordentlich gut haben sich diesmal die Emigrationssekte, wie „Mitteldeutschland“ und „Rheinland-Welschland“ gehalten. „Für den Rückgang in Oberschlesien haben die polnische Presse natürlich wieder allerlei Erklärungen: „Manche von uns“, heißt es z. B. in dem erwähnten Blatte, „sehen

die Ursache des Rückgangs unserer Stimmen in Schlesien in der geringen Wahlbeteiligung, andere in der Verschlechterung unserer Wählern durch die Zentrumsgrüßen; noch andere schreiben die Schuld den feindlichen Stimmungen gegenüber unserem Volke ja. Alle haben recht“, meint das Blatt. „Aber recht haben auch diejenigen — und wer weiß, ob nicht am meisten recht — die da sagen, der Mongol an Verantwortungsfühligkeit und Nationalbewußtsein den Verlust von 2% fastend unserer Stimmen in Schlesien verursacht haben.“

Deutlich ist, daß die polnischen Wähler hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der polnischen Minderheit auch und gerade in dem Hauptwahlgebiet, in Oberschlesien, eine stark betonte Zuversicht vor Sobat tragen. „Hoffentlich werden uns dabei auch bei der Erneuerung des polnischen Geistes“ die „großartigen“ äußeren Erziehungen der Entwicklung unseres Lebens sein, wie das Gymnasium und die zukünftige „Zentralbank“ schreiben die „Rozwiaz Sobieski“. „Zumer wieder ist zu erkennen, daß die Polenbundesleitung dem neu eröffneten Gymnasium in Beuthen die Rettung vor dem polnischen Aussterben der polnischen Minderheit in Weißschlesien erhoffen. Aus den polnischen Blättern klingt ein wenig Spott über die Hilfsschreiberstaf der preußischen Behörden, die sich so sehr darum bemühen, der kroatisch gewordene Minderheit wieder auf die Beine zu helfen, und die so eifrig befürchtet sind, dieser Minderheit ein nationalpolitisches Zentrum, eine Bildungsschule, zu schaffen, aus der der künftigen Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und vor allem die künftigen Gelehrten, also die gebildeten Führer der Minderheit, hervorgehen werden.“

„Rückeroberung und Ankündigung einer Wiedergeburt.“ Im Oppelner Schlesien haben wir die Wahlen verloren — mir eröffnete das polnische Gymnasium.“ So überbrückt der „Blut.“ Kuri. „Kodz“ in Krakau seinen Bericht über die Eröffnungsfeier des Danziger Gymnasiums am 8. November. „Zu dieser Feier waren alle Grünen des Polenbundes erschienen wie Pfarrer Tomaszki und Dr. Kaczmarek, Jan Bożekski vom polnischen Schulförderverein, Sieroszowski vom polnischen Genossenschaftsverein, Sosnowski von der Bank „Pomorze“ in Berlin (der Eigentümerin des Gymnasialgebäudes), Wawroczki vom polnischen Pfadfinderbund, Pfarrer Koziolka

Tarnau, Pfarrer Klimas, Pfarrer Meiss-Alt-Cösel u. a. m. Natürlich fehlten auch nicht der polnische Generalrat Leo Molchomme aus Oppeln und der polnische Konsul Boleslaw Skolimowski aus Breslau. Auch der Präsident der Semischen Kommission, E. Odonder, und der Präsident des Semischen Gerichtshofs für Oberschlesien, Radek u. a., nahmen teil.

Der Appell kommt, beim Essen. Raum ist das Gymnasium in Beuthen eröffnet, erheben die Polen jedoch wieder weitergehende Ansprüche. Die Initiative liegt — wie häufig in solchen Fällen — beim polnischen Werkmarktvorsteher. In einer Verordnung, die dieser bevoerter in Breslau (Geschenk-Schlesien) absetzt und in der auch der ehemalige polnische Vertreter in Danzig, Dr. Strasburger, eine leidenschaftliche Korriderrede hält, fordert Frau Sofie Koffak-Szyszkowa, die sich als katholische Schriftstellerin und Heiterin gegen Deutschland einen Namen gemacht hat, die Errichtung eines zweiten polnischen Gymnasiums in Westober Schlesien, und zwar in Schöllnitz eines Mädchengymnasiums. Viel wichtiger — fügt sie — als die männliche sei die weibliche Entwicklung für die Erhaltung des Potentats. Diese Bedeutung der nationalpolnischen Bedeutung der Frau ist richtig. Tatsch ist jedoch, daß es sich in Oberschlesien um „die Erhaltung des Potentats“ handelt. Es handelt sich bei den polnischen Verstrengungen vielmehr um die Polonisierung, bzw. Neapolonisierung einer deutschen Bevölkerung.

„Das Gymnasium und die Zentralbank der polnischen Genossenschaften“, schreibt der „Dziennik Berliner“, „sind zwei entscheidende

Momente in unserem nationalen Leben.“ Demnach soll neben dem Gymnasium also auch noch ein Zentralinstitut für das polnische Geschäftswesen in Deutschland entstehen. Die Gründung eines solchen Institutes ist schon seit langem geplant. Die ersten dahingehenden Versuche gehen in die ersten Weltkriegsjahre zurück. Dann war wieder im Frühjahr dieses Jahres noch einer beworbenen Verwirklichung dieses Planes die Rote. Bis vor kurzem hat man von derartigen Gründungsplänen doch nichts gehört; dagegen war viel von den ständigen Schwierigkeiten, in denen sich eine Reihe polnischer Volksbanken, vor allem die in Beuthen, Orlitzburg und Allenstein befinden, zu hören. Nun fehlt die Angelegenheit wieder einmal akut ja sein — noch ein Zeichen dafür, daß die staatsspolnischen Stellen wieder einmal stärker um die finanzielle Zulage der polnischen Minderheit in Deutschland bemühen. „Die Zentralbank der polnischen Genossenschaften“, heißt es im „Dziennik Berliner“, „soll für unser nationales Leben in Deutschland dieselbe Aufgabe erfüllen, die vor dem Kriege die Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in Polen, ein Werk des unergründlichen Schöpfers der Genossenschaftsbewegung des Präsidenten Wladyslaw Skolimowski, erfüllte.“ Das heißt: die geplante Zentralbank wird ein ausgelöhdetes Kampfinstitut der polnischen Minderheit sein, eine Waffe im Kampf um den Grund und Boden des deutschen Ostens, gegen die polnischen Volksbanken ihres bisher häufigen und infolge der in den meisten Sälen leider mangelschönen Abwehr von deutscher Seite zum Teil auch erfolgreiche Versuchs unternommen haben.

Die Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden vom 11. November 1932 hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 43 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1.

(1) Die Rückzahlung einer Forderung, die durch eine Hypothek an einen inländischen Grundstück gesichert ist, kann nicht vor dem 1. April 1934 verlangt werden. Dies gilt auch für eine Forderung, die bei Inkrafttreten dieser Verordnung fällig ist, es sei denn, daß die Fälligkeit aus besonderem Anlaß vorzeitig eingetreten ist.

(2) Vereinbarungen und Satzungsbefestigungen, wonach eine Forderung aus besonderem Anlaß vorzeitig fällig wird, sowie die Gläubigerrechte nach den §§ 1135 bis 1135 des Bürgerlichen Gesetzbuchs werden durch Abs. 1 nicht berührt. Der Gläubiger einer Forderung (Abs. 1) kann, auch wenn dies nicht vereinbart ist, ohne Einhaltung einer Rügungsfrist vorzeitig kündigen, wenn der Schuldner länger als einen Monat mit einer Zahlung im Verzug ist.

(3) Abs. 1 Satz 1 findet auch aufforderungen Anwendung, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus besonderem Anlaß vorzeitig fällig geworden waren oder fällig geworden wären, wenn die vorzeitige Fälligkeit die Folge einer unpunktlichen Zahlung von Zins- oder Tilgungsbeträgen ist und die rückständigen Beträge diesen einen Monat nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung noch überwunden werden.

(4) Gerichtliche Entscheidungen stehen der Anwendung der Abs. 1, 3 nicht entgegen.

(5) Abs. 1 bis 4 gelten entsprechend für Grundschulden und für Forderungen, die durch Grundschulden gesichert sind.

§ 2.

(1) Auf Antrag des Gläubigers kommt das Amtsgericht anordnen, daß die Hinweisabrechnung der Fälligkeit nach § 1 ganz oder teilweise unterbleibt, wenn es die wirtschaftliche Lage des Gläubigers erfordert. Das Amtsgericht kann anordnen, daß die Forderung in Teilbeträgen zurückgewiesen sei.

(2) Das Amtsgericht hat bei seiner Entscheidung die wirtschaftliche Lage des Gläubigers, des Grundstückseigentümers und des persönlichen Schutzbüros, wenn dieser nicht der Grundstückseigentümer ist, in Betracht zu ziehen und einen billigen Ausgleich der widerstreitenden Belange herzustellen.

§ 3.

Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk das Grundbuch für das betreffende Grundstück geführt wird; bei einer Gesamtbefreiung bleibt das auch der zuständige Amtsgericht auch für die Entscheidung hinsichtlich der mittelbeteiligten Grundstücke zuständig.

§ 4.

Für das Verfahren gilt, soweit diese Verordnung nichts anderes vorschreibt, jüngstes das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freimaurigen Gerichtsbarkeit. Die Reichsregierung kann die Befreiungen treffen, die sie zur Ausübung an die befreiten Bedürfnisse des Verfahrens nach dieser Verordnung für nötig hält.

§ 5.

Das Gericht kann mehrere Verfahren, die denselben Schuldner betreffen, zur gleichen Verhandlung und Entscheidung zusammenverbinden. Das Gericht kann die Verbindung wieder aufheben.

§ 6.

Das Gericht kann von den Beteiligten verlangen, daß sie eine tatsächliche Behauptung glaubhaft machen.

Das Gericht hat seine Entscheidung mit Gründen zu versehen.

§ 8.

Die Entscheidung des Amtsgerichts ist durch sofortige Beschwerde entfehlbar. Über die sofortige Beschwerde entscheidet das Landgericht, dessen Entscheidung ist endgültig.

§ 9.

Die sofortige Beschwerde kann bei dem Amtsgericht oder bei dem Landgericht eingelegt werden. Die Einlegung geschieht dadurch, daß eine Beschwerdefrist eingesetzt oder die Beschwerde zur Ablaufschrift des Geschäftsstelle erklärt wird.

§ 10.

(1) Die rechtskräftige Entscheidung bindet Gerichte und Verwaltungsgerichte.

(2) Aus der rechtskräftigen Entscheidung über die Kosten kommt aus einem vor dem Gericht abgeschlossenen Vergleich findet die Zwangsabstreckung nach der Zivilprozeßordnung statt.

(3) Ist ein Anpruch nach Grund und Betrag unstrittig und der Gläubiger noch nicht im Besitz eines vollstreckbaren Schuldtes, so hat das Gericht auf Antrag des Gläubigers in der Entscheidung die Zahlungspflicht auszusprechen. Die rechtskräftige Entscheidung steht dem in einem bürgerlichen Rechtsstreit ergangenen rechtskräftigen Urteil gleich. (Schluß folgt.)

Aufwertungsfragen.

Deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen — Verlängerung der Einreichungsfrist.

Die Ständige Kommission zur Wahrung der Interessen deutscher Bisher ausländischer Wertpapiere, Berlin NW 7, Vorortbüro, 4, teilt folgendes mit:

Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, die Einreichungsfrist für den Umtausch der gemäß dem deutsch-polnischen Aufwertungsabkommen vom polnischen Staat ganz oder teilweise zu übernehmenden Verkriegungsanleihen sowie der Anleihen der territorialen Seidhörfestaltungsverordnung (Provinz-, Kreis- und Städteanleihe) bis zum 31. Dezember d.J. zu verlängern. Mit einer weiteren Verlängerung dieser Frist kann nicht gerechnet werden.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach deutscher, der polnischen Regierung früher mitgeteilter Aufstellung die Einreichungsfrist für die Silber- und Valutaausländer nicht läuft und die deutsche Regierung ihre Bemühungen, eine günstigere Regelung zu erreichen, fortsetzt.

Sür die Einrichtung von Obligationen bei der Reichsbank zur nachträglichen Registrierung ist nur eine Verlängerung der Frist bis zum 31. Oktober angezeigt. Von dieser Frist erst bekannt wird, bemüht sich unsere Regierung um Hinweisabrechnung des Endterminals auf den 30. November 1932. Diese Frist für die Regierung ist natürlich auch für die Silber- und Valutaausländer zu beachten.

Übrigens wird auf die ausführliche Bekanntmachung über die Durchführung des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommen verwiesen, die in vollem Wortlaut u.a. in der vom Verlag W. Löffelholz, Grünberg 19, herausgegebenen Allgemeinen Verlosungstabelle Nr. 50 vom 12. Dezember 1931 abgedruckt ist.

Die Verlotungsstelle für die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

§ 2.

Die Totengedenkfeier des Deutschen Ostbundes.

Wie man schon seit Jahren, auch diesmal am Sonntagnachmittag eine tiebherrige Gedenkfeier für die toten Toten, die in der uns entfremdeten Heimatreden ruhen, hält. Vorberichterstatter hatte die Feier, wie immer, der Verein ehemaliger Offiziere, Postbeamte aus den abgesetzten Gebieten. Der eindrucksvolle Gedächtnisfeier ging eine Kranzniederlegung am Ehrenmal unter den Linden voraus. Die Salutabordnungen, unter Leitung des Herrn Reichsbahnhofsekretärs, Blume, nahmen den Dom aufstellung. Unter Vorantritt der Postkapelle der Post- und Telegraphenbeamten (Leitung Herr Otto Zolke), leiste sich der Zug unter den Klängen eines Trauermarsches von Beethoven in Bewegung. Am Ehrenmal, wo sich eine große Menschenmenge eingefunden hatte, nahmen die wüstförmigen Sabben und Standarten Aufstellung. Der 1. Vorsteher, Herr Postsekretär Adolf Jäger, führte in kurzer Gedenkrede etwa folgendes aus: „Wobin und woher erfüllt uns, wenn wir an alle die denken, die uns im Leben nobefriedet, und mit Verzweiflung und Stolz blieben mir auf die Helden, die ihr Leben hingab, damit Deutschland lebe. An dieser, den Gefallenen des großen Krieges gemeinsam gestalteten Stätte finden auch wir Ostmärker ein Stückchen nostalgiegeprägten Heimat, können wir unserer Toten gedenken und sie ehren.“ Als lebhaftes Zeichen des Dankes legte der Redner im Namen des Vereins ehemaliger Ostmärker, Gruppe des Deutschen Ostbundes, einen Kranz mit dem Schildwort wider: „Der Deutschen Elde, Freiheit und Freiheit in den Tod gegangenen Schönen unserer olympischen Heimat, Deutkorke, Chriftricht und Treue.“ Die Söhne Jesuken sich zu ehrendem Grus, während alle das Lied von guten Komraden durch die stolze Gedächtnishalle kläng. Der Abmarsch zur gemeinsamen Gedächtnisfeier im Dom erfolgte unter dem Trauermarsch von Orel, (Der Au- und Abmarsch, sowie Kranzniederlegung, hat in dankens-

wertiger Weise die Cobis-Melosim G. m. b. H. für ihre Weihnachtsaufzonen genommen). Die Gedächtnisfeier im Dom war den Gauhaupten von Teilnehmern ein tieles Erlebnis. Unter vollem Glöckengeläute und den Klängen des Trauermarsches von Chopin (gespielt der Post-Beirätskapelle) zogen 30 Jahren unter Vorantritt des Bundesbanners in das Sotteshaus ein, wo sie am Altar Aufstellung nahmen. Gesang (auf eine andachtvolle Stimmung, der die Gedanken des Herrn Pastor Gürkert von der Heerstrohengemeinde, früher Matthäuskirche, Pöhl, angehört war. Seine Worte führten an die Grüber im Osten. Unsere Toten halten das Land, das der Feind den Lebenden genommen hat. Ihre Grüber, die keine liebende Hand an diesen Tage sichfinden kann, sind Wohnung zur Erinnerung gegenüber der entfremdeten Heimat. Das Land, in dem die Toten ruhen, ist Gottes Land. Wehe dem Volke, das sich in lasterhafter Weise an unseren Toten verächtigt, so wenige Chriftricht nor den geweihten Gräbern besicht, doch es sich nicht scheut, die Toten zu schänden und Tonfälle auf den Totensacker zu legen. Der Geistliche mahnte, unsrer Dankbarkeit und unsrer Gedanken den Toten dadurch zum Ausdruck zu bringen, das wir ihre Grüber in liebevolle Pflege geben. Die Gedächtnisfeier hat bei allen, die sie miterlebt haben, wieder das Gefühl der unlässlichen Verbundenheit mit der alten Heimat geweckt, in ihnen das Gefühl der schicksalhaften Zusammengehörigkeit und den Gedanken an die Gerechtigkeit des Freiheitskampfes um den deutschen Osten und damit um Gedenk-Ostdeutschland gefärbt. Chorgesang des Männerchores „Wojatz“, Charlottenburg, unter Leitung seines Chormeisters Herrn Wolf Schmitz, sowie ein eindrucksvoll gesungenes Sopranino von Frau Klamma, Berlin-Hermsdorf, verschönerte die Feier. Im Rundfunk wurde die Gedächtnisfeier als sehr eindrucksvoll geschildert, ebenso in einer Reihe großer Berliner Zeitungen.“

Entschädigungswesen.

6 %ige Reichsschuldbuchforderungen.

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß die politischen Schwierigkeiten, die durch das Ergebnis der Reichstagswahl in bezug auf die Ausbildung des Kabinett entstanden waren, sich ungünstig auf die Furcht des Reichsschuldbuchforderungen auswirken könnten. Diese Annahme hat sich leider bestätigt, so kommt man in der letzten Zeit für die Forderungen der Schuldbuchforderungen um mehrere Prozente herab. „Wie zu erwarten war, ist jedoch das Ausmaß der Rückmarktbewegung bisher nicht erheblich gewesen. Da die Reichsschuldbuchforderungen jenseit als einer der besten Anlageopfer gelten, glauben wir nicht, daß es ein weiterer größerer Rückgang der Schuldbuchkurse eintreten wird.“

Zum 23. d. M. wurden uns folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

I	II	I	II
1933 99 v. H.	98 1/2 v. H.	1939 76 v. H.	74 1/2 v. H.
1934 94 "	94 "	1940 73 1/2 "	72 "
1935 89 "	88 "	1941 72 "	71 "
1936 84 "	85 "	1942 71 1/2 "	71 "
1937 80 "	79 "	1943 71 "	70 "
1938 79 "	77 1/2 "	1944-48 71 "	70 "

Wiederantragschläge 1944/45 29 v. H., 1946-48 28 1/2 v. H.

Wiedergutmachung unerträglichen Unrechts.

Der frühere deutsche Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hat auf der Europatagung der Akademie von Italien in Rom eine Rede gehalten, in der er mit größtem Nachdruck dafür eingetreten ist, daß unbedingt der Grundschaden ausgeheilt werden müsse, daß Privatgegenstum auch im Kriege für die Kriegsführungsbeteiligung belohnt sein müsse, und daß, wenn Kriegsführung dieser Grundschaden verletzen, den Geschädigten unbedingt eine volle Entschädigung gewährt und für frühere Verlebungen dieses Grundschadens Wiedergutmachung durchgeführt werden müsse. Aus dem Zeitungsmitteilungen über diese Rede führen wir folgendes an:

Schacht sprach über die Desorganisation des internationalen Zahlungsausverkehrs in der Kriegs- und Friedenszeit. Er führt u. a. aus: „Da man keine größere Ausfuhr der Schuldenländer aufnehmen wolle, so bleibt theoretisch Streichung der Schulden die beste Lösung. Dabei könnte Schacht an die vorausgegangenen Ausführungen des französischen Haushaltswesens an, der mit großem Nachdruck vor der Unerschließlichkeit des Privatgegenstums als der „fundamentale Grundlage der Stabilisierung“ gesprochen hatte. Unter Haushalt auf die Stabilisierung dieser Grundlage durch die Wiktate, das das Privatgegenstum der Gegner fortgenommen hätten, erklärte Schacht, man könne nicht „Grundlagen der Stabilisierung“ eine solche Maf verlangen und das andere Mal ausser acht lassen. Er (Schacht) wünschte mit Hanotows Aufführung vor den privaten Schulden; dann sei aber die Voraussetzung die Reparation (Wiedergutmachung) des begangenen Schadens. Eine solche Reparation sei am ehesten gewollt, das verlorenen Rechten bei der übrigen Welt wiederherzustellen. Man könne z. B. einem Chinzen nicht begegnen machen, daß man deutsches Eigentum wegnnehmen durfe, aber angemäßiges nicht.“

Wir sind Herrn Reichsbankpräsidenten o. D. Schacht außerordentlich dankbar, daß er so klar und eindrucksvoll sich für den Schutz des Privatgegenstums im Kriege und vor allem für die Wiedergutmachung des Unrechts, das durch Liquidationen deutscher Eigentümer im Weltkrieg begangen worden ist, eingesetzt hat. Wir können nur hoffen und wünschen, daß mit der gleichen Nachdruck und Entschiedenheit die grundsätzliche Auflösung, der Herr Dr. Schacht in Rom Ausdruck gegeben hat, auch bei der demnächstigen Weltwirtschaftskonferenz vertreten wird und daß alle beteiligten Mächte dieser Auflösung zuverlässig und durch einstimmige Beschlüsse die Wiedergutmachung des den Grenzland-, Auslands- und Kolonialdeutschland durch Wegnahme ihres Eigentums verliebten Unrechts endlich durchgeführt wird. Desfalls muß auf der Weltwirtschaftskonferenz in erster Linie die deutsche Schädigungsverbände hat in ihrer alten weiteren Ortsgruppen bekannten Denkthilfe über die Entschädigungsfrage dorft bislang hingenommen, daß die Weltwirtschaftskonferenz nur befleistigt werden kann durch Wiedergutmachung des allgemeinen Vertrauens, das über lehnte nicht erworben kann ohne Wiedergutmachung des Unrechts, das auf dem Gewalt- und Liquidationsgeschädigten begangen worden ist. Infolge dieses Unrechts und der unangemessenen Entschädigung leidende Tausende von ihnen heute hinterste Rot, aus der sie durch eine unangemessene Entschädigung der Entschädigung befreit werden müssen. Jahrzehnte geschäftliche Unternehmens, Klein-, Mittel- und Großbetriebe sind infolge dieser ungünstigen Entschädigung zusammengebrochen oder stehen vor dem Ruin. Auch hier kann nur durch eine angemessene Erhöhung der Entschädigung und Wiedergutmachung des bisherigen Unrechts geholfen werden. Die Schädigungsverbände werden ihren Kampf um Wiederaufrichtung des Entschädigungsverfahrens unermüdlich fortführen, bis endlich eine Entschädigung in einigermaßen ausreichender Höhe gewährt wird.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretung für den Erfolg von Kriegs- und Verbrändungsgefallenen, der bekanntlich auch der Deutsche Ostbund angehört, hat an Herrn Reichsbankpräsidenten o. D. Dr. Schacht nachstehendes Telegramm gerichtet: —

„Die in der Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretungen für den Erfolg von Kriegs- und Verbrändungsgefallenen organisierten Liquidationsgeschädigten Auslands-, Kolonial- und Grenzland-

deutschland danken Ihnen für Ihr erneutes einstimmiges Eintreten in Rom für den Schutz des Privatgegenstums im Auslande und für die Wiedergutmachung des an Hauptschuldenen Liquidationsgeschädigten begangenen Unrechts.“

Der Name Schachts daran, daß man keinen Chinzen werde klammern können, ob man nun deutsches Eigentum ohne solle Entschädigung liquidieren kann, aber nicht angemäßiges, ist ein Jahr deutlicher als alle Mächte, das der Schutz des privaten Eigentums im Kriege für sie alle jeden Tag von aktueller Bedeutung und mit größter Energie werden kommt. Vorwurfe, daß die Mächte zur Einsicht kommen und der endgültige Ausgang der Kriegsfragenfrage und der Weltwirtschaftsverhandlungen bedacht darauf nehmen und die deutschen Regierung es demütigen werden, sie im Friedensvertrag vorgesehene volle Entschädigung für deutsche Liquidationsgeschädigte und damit auch für die Gewaltgeschädigten endlich herbeiführen.“

Liebe Landsleute!

Deut. Eure Weihnachtseinkäufe bei Ostmarken! Unterstützt auch sonst Eure östmarkischen Landsleute durch Einkäufe und Belehrungen!

Bundesnachrichten.

Rundfunkhörer!

Am Sonntag, den 27. November, veranstaltet der **Schlesische Rundfunk** einen Autorenvortrag Dr. Franz Lüdkes; der Dichter wird von 11 bis 11½ Uhr aus eigenen Werken lesen, und zwar wie das jetzt möglich ist, nämlich vom Rundfunkhaus Berlin aus.

Anlässlich des 30. Geburtstages Siegfrieds n. d. Erben werden verschiedene deutsche Sender des aus Königsberg i. Pr. kommenden Dichters gedenken; die Sender Leipzig und Königsberg werden, vermutlich am 2. Dezember, kurze Vorstellungen aus der Feder Dr. Lüdkes zum Vortrag bringen. *

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Rosslau, Herr Pfarrer Pelt, teilt mit, daß er bereit ist, Ostlandvorträge, Reden und Ansprachen in Berlin, bei Kundgebungen u. a. zu halten, wenn diesbezügliche rechtliche Bereinigungen mit ihm getroffen werden. Die Vorträge sind honorarfrei, doch sind dem Vortragenden die bare Auslagen und Umliegen zu erstatten.

Aus der Bundesarbeit.

VERSAMMLUNGSKALENDER.

Ortsgruppe Berlin-Ost. Monatsversammlung Freitag, den 2. 12., 8 Uhr, im „Römerstein Hof“.

Der Frauenbund des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Advents-Jeller mit reichhaltigem und schönem Programm am Sonntag, den 4. Dezember 1932, nachmittags 4 Uhr, im Kuppelsaal des „Utop“, Berlin, Am Lehniner Bahnhof. Hieran nimmt auch die in Berlin studierende ostdeutsche Jugend teil. Als Musikdarbietungen, Vorträge und eine große Weihnachtsmesse ist bestens gesorgt. Eintritt frei. (Siehe Inserat in dieser Nummer.) *

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Köpenick. Die Monatsversammlung fand am 31. Oktober im Restaurant Stadtthierott statt. In seinen einleitenden Begrüßungsworten holtte der Vorsitzende, Hansmann Strubel, fest, daß sich der Besuch der nunmehr regelmäßig stattfindenden Mitgliederversammlungen in erfreulicher Weise, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, habe beginnen, so daß er heute in der Sache sei, nicht nur neben den alten Freunden auch eine Anzahl Mitglieder willkommen sei, die in letzter Zeit der Mitgliedsbewegung fern geblieben waren, sondern auch die Aufnahme eines neuen Mitgliedes bekämpft werden. Hierauf wurden die letzten Rundschreiben des Bundespräsidiums bezüglich der bevorstehenden Aktenausförderung und der bestreitbare Stellungnahme auf Urkundenausgabe bekanntgegeben und in einer im Abschluß davon stattfindenden erregten Aussprache durch eine ausführlich begeleitete Diskussion insbesondere verlangt, daß sich die Bundesleitung nochmals für eine Ausbewahrung bestätiger Entscheidungsakten, besonders auf den abgesehenen Schadensfälle, einsetzen solle. Zur Belehrung und Ausprägung gelangten auch die inzwischen eingesetzten Aufsichtsräte des Landesverbandes. Der Vorsitzende berichtete im Anschluß daran über die Vertretungssitzungen des Landesverbandes am 15. Oktober d. J. in Potsdam. Große Interesse erzielte der Werbrauftrag des Frauenbundes des Landesverbandes zur Teilnahme der östmarkischen Jugend im freimaurerischen Arbeitskonzert. Die Propaganda für den „Ostdeutschen Heimatkalender“ für 1933 hat gute Erfolge erzielt. Viele Mitglieder entfloßten sich zur Ausarbeitung dieses prächtigen Kampftextes zur Erziehung unserer Ziel. Beibehalten wurde ferner auch die Verteilung der Ortsgruppe an der „Einbandung“ des Landesverbandes Berlin-Brandenburg und die Abhaltung einer östmarkischen Weihnachtsfeier am 21. Dezember d. J. im Restaurant Stadtthierott.

Die **Ortsgruppe Erkner** hatte sich am 28. Okt. im Kynstheinseum recht zahlreich versammelt. Der 1. Vorsitzende, Herr Jörnemann, begrüßte insbesondere die Ehrenmitglieder und gedenkte des Geburtstages des Reichspräsidenten Dr. Hindenburg, auf den er ein dreijähriges Hoch ausbrachte. Sodann berichtete er über die letzte Landesverbandstagung in Potsdam, den Vortrag des früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen, August Winnig, und den freiwilligen Arbeitsdienst, der nach den bisherigen Erfahrungen noch in den Kindergartenstufen und des weiteren Ausbaus, am besten bis zur Arbeitsdienstpflicht, bedürfe. Weiter möchte er Mitteilungen über das nächste Reichssprungabzeichen des Ostbundes zu Pflügling 1933 in der Osthmark, über die Eingliederung in die Wehrsportlager, über die Bühnerrei und andere interessante Fragen. Das Anhören daran wurde beklatschen, wiederum 30 Heimatkalender zu bestellen und durch die Jugendgruppe verteilen zu lassen. Auch die Weihnachtsfeier soll als erstes Deutsches Sammlertrost trost der Seeleute wieder im alten Rahmen begangen werden. Auch wurde man sich dafür einig, möglichst noch vor Weihnachten eine große Werberversammlung mit selbstlendem Vortragsstoff zu veranstalten. Die umfangreichen Vorstellungen davon wurden in die bewährte Hand des Herrn Jörnemann gelegt. Die monatlichen Zusammenkünfte der Gruppe werden in Zukunft immer am 1. Montag nach dem 15. des Monats als Schnuppertag stattfinden. Der Vor-

lesende gedachte zum Schluß noch einmal der goldenen Hochzeit des anwesenden Chepaars Ratzelbach und der Ernennung des Herrn R. zum Ehrenmitgliede. Das Jubelraus war nun alle Anwesenden zu einer kleinen Nachfeier ein.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Landsberg a. d. W. Mit dem „Einszug der Gäste auf der Wartburg“ von Wagner eröffnete am 31. Oktober im gut besuchten Elbendorfbaude die Hausskapelle im Schloß in feierlicher Weise den Unterhaltungsbund. Die Landsberger Ju gass e zeigt sich um so freier als in der Öffentlichkeit und begann den Reigen ihrer Vorleistungen: Lieder, Volkstanz, Zwergelsgang, Gedächtnisvorträge („Die Delle“), Sprechchor. Es gab eine Vollall. Der Jungfahrtührer Anna Maier kann freuen über einen ersten schönen Erfolg. Der gleichlängige Teil fand dann der Gesamtchor unter Leitung Hupp's seiner Zeitung fort. Erfreulich ist, daß auch dieser Chor häufig geworben ist und daß er sich nun auch an höhere Aufgaben heranwagen kann. Verlagsdirektor Letteborn in jüngsten Worten: „Viele und sprachlos bewundert im Vorne an die Jungfrau die Hoffnung aus, daß nun in Zukunft auch sie wie der Gesamtchor in den Familiensammlungen des Osthusses steht oder ihre inhaltlichen Gaben in Gesang und Tanz darbieten möge.“ Mit „Almone“ und einem Altholzberger Studentenpolkaou ist die Hausskapelle den offiziellen Teil des Unterhaltungsbunds ausklingen. – In der vorangegangenen gelöbthafte Sitzung wies der Vorsitzende Verlagsdirektor Letteborn, auf den 12. Geburtstag des Landsberger Ortsgruppe hin, Empfehlungen auf, der Bezug der Veranstaltung des Gustav-Adolf-Vereins am 13. November in „Elbendorf“. Platzer Brünnmark aus Polen wird sprechen. – Es wurde noch über Erziehungsforschungsfragen gesprochen, und Nachkunstl. A. Schäffler erläuterte als Altholzberger Kommitté die bevorstehende Arbeit und ermahnte im übrigen alle zu weiterem lebendig Zusammenstehen in den Reihen des Osthusses, damit Ortsgruppe und Bund auch fernherth die getesteten Ziele tatsächlich und erfolgreich verfolgen können.

Landesverband Pommern.

Ortsgruppe Stettin. War es früher Vorträgen vorbehalten, mehr die politische und die wirtschaftliche Seite des Ostpreußen und des Polenlandes zu behandeln, so bedeutete in der Novemberversammlung der Schriftsteller Walter Kühn eine geistige Seite des für die Gruppenkameraden besonders wichtigen Ostproblems. Politische Werke feien in deutscher Bücherei nur in geringer Zahl zu finden. Die ersten Freihäuser für Slawistik wurden von Friedrich Wilhelm IV. in Berlin und Breslau eingerichtet, aber mit einem Polen (Berlin) und mit einem Tschechen (Breslau) befreit, die natürlich in ihrem Sinne arbeiteten. Die Aufteilung Polens am Ende des 18. Jahrhunderts habe den Polen in den drei Teilstaaten eine verschieden Entwicklung, dazu aber eine für sie wertvolle Schulung und Spezialausbildung gebracht. So war Russland im Nationalbewußtsein, von Österreich in der Politik und von Preußen-Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht. Polen war nur den Teilungen als Staat nur ein böses Gefühl. Von 11 Millionen der Bevölkerung bildet eine Million die „Solidarnie“. Diese Sicht, die man nicht mit dem deutschen Ideal vergleichen kann, befreit allein Staatsbürgerschaft; sie war nicht nur die Geistlichkeit, sondern auch eine Gemeinschaft und der Träger des Staates (nämlich man von einem „Staat“ sprechen kann). Durch die Steigerung der jüdischen Kultur, durch den französischen Einfluß hielten sich die „Schlesier“ als Partizipanten, sie hielten noch ein Standes-, aber kein Volks-, Nationalbewußtsein. Nach den drei Teilungen des polnischen Staates begann bei den Polen die Abkehr von der künftigen und die Auseinanderziehung an die deutsche Kultur. Diese Wandlung hatte zur Folge, daß nicht nur bei den Schülern, sondern auch bei den Bürgern und Bauern ein politischer Staatsgedanke auffiel. Die deutsche philosophische Richtung, insbesondere die Schelling'sche Philosophie, erfuhr in Polen ein großer Erfolg und dadurch das „polnische“ Nationalgefühl. So bekannt ist, daß Beginn des 19. Jahrhunderts zu Jürgen des polnischen Geisteslebens: „Wie Polen sind erst rechte Polen durch die deutsche Kultur geworden; sie hat uns zu einer Wirkung im Großen und zu eigenen Kräften verholfen.“ Polen kann man nur vertragen, wenn man nicht von deutschem Geistesleben durchdringen läßt. Dies erwies sich auch der bekannte polnische Dichter Mickiewicz in den „Bogus“ eines großen Werkes; aber heute wollen es die Polen nicht mehr haben und unterdrücken, einfach die Polen durch die deutsche Wirkung bringen sie auch nicht in Erinnerung. Große Beachtung fand bei den Polen die Hegelsche Philosophie von der Seite des Volksschultheit. Jedes Volk hat seinen Volksgott; lebensfähig sind aber nur Völker, die einen Stand bilden. Die Lehre des deutschen Philosophen hat bei den Polen das Verlangen nach der Wiederherstellung eines politischen Staates wachgerufen, und diese Idee sollte das polnische Volksgesetz lebendig erhalten. Es kann der Wahn auf, die Polen seien das unerschrockne Volk, der Meißnis unter den europäischen Völkern, und werden der germanischen Kultur eine polnischslawische folgen lassen. Der Wahn lebt heute fort in dem Expansionswillen, in der Sicht nach weiterem deutschen Raum. Dazu kommt die Illusion, ohne deutsche Gesellschaft fertig zu werden, und die Sicht, alles Deutliche zu entlernen. Doch die Entwicklung zeigt, daß ohne deutsche Einfluß Polen gelöst verhungern muß. Wir sehen jetzt schon an den jüngsten gelungenen Produkten der Polen, das ist ein schändliches Polen, ist erreicht —, aber wie weiter? Das Ziel, ein schändliches Polen, ist erreicht —,

hoben bei ihrer explosiven Veranlagung übertrieben und werden von ihrer Höhe wieder herunter müssen. Sie können durch den französischen Einfluss in der Politik, in der Wirtschaft sowie im Gesellschaftsleben wieder nicht recht vorwärts kommen. Sie müssen sich bald geistig neu orientieren und dann entweder für die deutsche oder weiter für die französischen Geistesrichtung entscheiden. Wir in Deutschland müssen polnische Fragen nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch geistig behandeln und zu lösen versuchen. Ebenso wie das französische muss auch das politische Gesellschaftsleben studiert werden. In der Schule sieht noch das geistige Interesse für den Osten. Schon die Schuljugend, insbesondere diejenigen in den Obstgebieten, muss erfahren, daß sämtliche slawischen Völker von deutscher Geistesrichtung leben. Da tut mehr Nationalstolz noch. Deutsche Bildung darf nicht nur westlich orientiert sein, sondern sie muß sich auch den Ostfragen zuwenden. Daraum müssen wir uns über Ostfragen informieren und dazu, insbesondere in den Ostsprovinzen, die polnische Sprache erlernen, um bei einer kommenden Auslaanderziehung geistig gerüstet zu sein. Nach Erledigung des gesellschaftlichen Teils durch den Vorsitzenden, Stadtbauinspektor O. Schmidt, folgten weitere Vorträge der Theatertruppe unter Leitung von Herrn Willi Jäckel und Herrn Walter Schröter sowie des Musikerkreises unter Leitung von Herrn Hermann Wernicke.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Leipzig. Am 2. November fand in unserem Vereinsheim „Südbau“ die 11. Monatsversammlung statt. Da zu jener Zeit durch besondere ausführliche Rundschreiben eingeladen wurde, war der Besuch ein ganz außergewöhnlich starker. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Dünckel, erfreute uns unsere Gelehrtengruppe unter Leitung von Frau Schmidt durch einige hingängliche Sitzungen. Als dann wurden wiederum fünf neue Mitglieder aufgenommen. Herr Reichsbankoberinspektor Hugo Kunze wurde als Vorsitzender der Gelehrtengruppe in den Vorstand gewählt. Als Hauptvortrag der Tagesordnung gab Herr Baurat Dr. Meister als 2. Vorsitzender den außerordentlich inhaltvollen Vortrag der letzten Rundschreibens über die Herausgabe von Urkunden aus dem Jahr Verbindung bestimmten Entschließungsakten bekannt. Die von der Bundesleitung gefertigten Statistiken konnten anschließend darum zur Befreiung, und unter Schriftführer, Herr Simon, übernommen werden, die Anträge zu sammeln und geschlossen der Bundesleitung des Oftbundes zu überreichen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die außerordentlich eindrucksvolle Sitzung mit dem Wunsche, daß alle Versammlungen einen gleichfalls starken Besuch aufweisen möchten, durch den Vorsitzenden geschlossen.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ortsgruppe Merseburg. In der Oktoberversammlung des Ostmarkvereins gab der 1. Vorsitzende, Herr Hahn, einen Rückblick über die so eindrucksvoll verlaufene Ostmarkkundgebung, über die an dieser Stelle auch eingehend berichtet wurde. Herzlich dankte er allen Vereinen und der Presse, die sich gern in dem Dienst der guten Sache gestellt hätten. Besonders Dank gebührt dem unermüdlichen 2. Vorsitzenden, Djokimski, der die ganze Arbeit auf sich genommen hatte. Nach Bekanntgabe einiger gesellschaftlicher Mitteilungen, u. a. der Gründung einer ostmarkischen Jugendgruppe,widmete Dr. Hahn herzliche Abschiedsworte dem von hier und seinen Ostmarkern schiedenden Pastor Angermann nicht Gott hin. Die Ostmarken, die sich heute zu Ehren verfammt hätten, seien ihr ungern schieden. Der Dank für seine rege Tätigkeit für unsere verlorene Ostmark sei ihm gewünscht. Er wünschte ihm und seiner Gattin alles Gute für seinen Lebensabend. In denogenen Worten dankte Pastor Angermann zugleich im Namen seiner Gattin für die herzlichen Abschiedsworte. Es wäre ihm eine Freude gewesen, dem Ost-

märkerverein anzuhören, und heilige Pflicht, für die Ostmark zu arbeiten. Bei angeregter Unterhaltung blieben die Ostmarken noch einige freie Stunden zusammen. — In der Novemberversammlung konnte der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Hahn, wiederum eine große Zahl von Teilnehmern begrüßen; er gab zunächst ein Schreiben des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Halle bekannt, der für die überaus gute Aufnahme in Merseburg anlässlich der großen Ostmarkkundgebung dankte und die Ortsgruppe zu dem guten Verlauf dieser Kundgebung, in der sich die Tüchtigkeit der Bevölkerung von Stadt und Land in der Ostfrage bewiesen habe, beglückwünschte.erner wurde ein Schreiben des Deutschen Ostbundes, Berlin, über die Verhüttung von Entschließungsakten bekanntgegeben. Wegen Herausgabe von Urkunden haben sich hierzu betroffene Mitglieder, auch Nichtmitglieder, nur an den 2. Vorsitzenden zu wenden. Die Anträge müssen bis zum 30. November 1932 beim Deutschen Ostbund eingegangen sein. Der Bezug des „Oftland“ (Preis 1,50 RM, vierteljährlich) und des „Ostdeutschen Heimatkalenders“, den Ortsgruppenmitglieder an einheimische Preise erhalten. An der Weihnachtsfeier der Ostmarktischen Jungschule, am 18. Dezember d. J. in Schübenhausen stattfindet, nimmt der Ostmarkverein geschlossen teil. Das Stiftungsfest findet im Februar statt, und die Jahreshauptversammlung am 15. Januar nächstes Jahres. Mit Dankesworten schließt der 1. Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung, und die Mitglieder bleiben noch in angeregter Unterhaltung zusammen.

Landesverband Hessen-Nassau-Süddeutschland.

Die Ortsgruppe Darmstadt eröffnete am 29. Oktober mit einem öffentlichen Vortragsabend bei wohl belebten Saale die Reihe ihrer diesjährigen Winterveranstaltungen. Nachdem vorher eine Mitgliederversammlung stattgefunden hatte, sprach nach der Begrüßung durch das Vorstandsmitglied, Herrn Otto Lehmann, Herr Bankdirektor W. C. Kluge über das Thema „Deutsche Wirtschaft und deutscher Osten“. Der Redner verstand es, an Hand eines ausgesuchten und instruktiven Bildmaterialien ein klares, wenn auch sommerliches Bild von den brennenden Fragen im Osten zu vermitteln. Besonders aufschlußreich waren die vergleichenden Bilder und Karten. Von dem reichen, für uns erschließbaren Zahlensmaterial, das Herr Kluge bekanntgab, sei nur erwähnt, daß im deutschen Osten allein 34.000 lebhafte landwirtschaftliche Betriebe abgetreten werden müssen. Der Redner berührte auch die Drogungen, die im polnischen Imperialismus gegenüber Oberschlesien und Schlesien begründet sind, und legte eingehend auseinander, welche schweren, unerlässlichen Verluste allein an Bodenschäden und an Industrieanlagen Oberschlesien durch die ungerade und unglückliche Grenzziehung erlitten hat. Durch die Vergewaltigung des deutschen Ostens sind weiterhin besonders die Bergwerke, Eisenbahnen, Straßen und Schifffahrtswege entweder abgeschnitten oder durch die polnische Wirtschaft verloren. Auch durch die Abhandlung, besonders von Erzwerben, die also Ausbildung und Lehrkräfte noch im Osten durchgemacht haben, wird die Wirtschaftskraft des deutschen Ostens noch geschmälert. Kampftaktik der politischen Bahnern und andere Maßnahmen tragen dazu bei, um die wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Osten noch zu erschweren. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Rückgang treffen in gleicher Weise das ganze Land, Klein- und Großstädte. Schließlich wünschte der Redner noch die Brüderlichkeit der deutschen Kultur im Osten und kam zu dem Schluß, daß der deutsche Osten am Zusammenbrechen ist. Zu hoffen und wünschen ist, daß das Oftbundprogramm, das nur ein Anfang sei, den dringendsten Noten steuert. Im Kampf um das Oftland, den Aufgabe des ganzen deutschen Volkes sei man, liegt das deutsche Schicksal. Der Redner erntete reichen Beifall. Erfolg des Abends: Drei neue Mitglieder.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Erinnerung an den Vater unseres Ehrenpräsidenten, Herrn Scheimat von Tilly.

Der altehrwürdige Ehrenpräsident des Deutschen Ostbundes, Herr Scheimat, Oberregierungsrat von Tilly, und seine Familienangehörigen sind in tiefe Trauer versetzt worden dadurch, daß am 16. November die jüngste Tochter des Herrn Scheimats von Tilly, die Gemahlin des Fabrikdirektors Dr. rer. pol. Werner Hecker, in dem blühenden Alter von 32 Jahren aus dem Leben geschieden ist. Sie war vor einiger Zeit schwer erkrankt, der Gefühlsausdruck stand beiderseitig jedoch einigermaßen. So doch Hoffnung bestand, daß sie wieder voll genesen wäre. Leider hat sich die Hoffnung nicht erfüllt. Die Verlobten hinterläßt unter ihrem Gatten ein Tochterchen. Das tragische Schicksal, das sie in der Blüte der Jahre dahinschleiden mußte, wird von allen Mitgliedern des Ostbundes, die Herrn Scheimat von Tilly soviel zu verdanken haben, mit dem allergrößten Mitgefühl mit diesem und seiner hochverehrten Gattin trauernd mitempfunden.

Pfarrer Karl Schulz †.

Im Alter von 61 Jahren ist am 17. November in Krusenwitz, Kreis Hohenstein, Pfarrer Karl Schulz, der seit acht Jahren dort

wirkte, gestorben. Er erfreute sich in seiner Gemeinde großer Beliebtheit, so daß sein Ableben in dieser und weit darüber hinaus wärmste Teilnahme erweckt.

Sein 40jähriges Meisterjubiläum kann am 30. 11. 32 der Dachdeckermeister Roman Nygo in Grünberg begreifen. Früher in Radebeul, Kreis Döbeln, wo er am 30. 11. 1892 sein Geschäft gründete und Meister wurde.

Silberne Hochzeit: Irmgard Pfeiffer und Frau Marie, geb. Camke, in Breslau, Weidenburger Straße 31, fe. Polen-Wilda, Wrangelstraße, am 13. 12.; Capriermutter Max Kreischner und Frau in Lauban, Mönchstraße 2, fr. Roswith.

Goldene Hochzeit: Die Eheleute Julius Weber und Frau Lydia, geb. Schmidtchen, fr. Georgsburg (Samter), feh. 1. 3. in Berlin-Kreuzberg, Pfleidererstr. 15, am 26. 11.; Herr Heinrich Kramme, geb. 14. 12. 1866, und seine Gattin Regina, geb. 13. 9. 1864, wohnhaft in Cottbus, Mölbitz, geb. 26. 11. 1932 nach Zehlendorf (Potsdam-Ost) über und war dort Standort und Gastwirt; und seiner Verdienstgäste 1921 sind er Zugfahrt in Herne i. W., wo er stets ein getreues Mitglied der Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes war und auch nach seinem Verzuge nach Cottbus, wo das Jubelpaar den Lebensabend bei einer verheirateten Tochter verbringt, noch ih.

Bejahrte Ostmärker: Robert Pfeiffer, Bahnhofsoffizient i. R., in Rohrstock, Kreis Volkshain, am 26. 11. 13 J., und dessen Gattin Anna Johanna, geb. Dilling, am 26. 10. 67 J., früher Große, Kreis Jarischau, und Eltern, Schrimm; früherer Rittergutsbesitzer Stephan Krause in Striegau, Bahnhofstraße 35, am 26. 12. 81 J. Krt. hatte vor der Verbrämung des Rittergutes Jersingau, Kreis Gutsow, und zuletzt Pfeiffer in Posen, jetzt ist er auf die Kleinrentner-Unterschicht angewiesen; Frau verm. Hauptlehrer Auguste Camke, geb. Hellwig, in Breslau, Weihenburger Str. 31, früher Pfeiffer-Wilda und Alte, Kreis Posen-West, am 26. 12. 13 J.; Frau verm. Brauerbesitzerin Ottlie Rossmühl in Striegau, Wöhrelmühle 17, früher in Pusitz, am 19. 11. 75 J.; Frau Ottlie Ceske in Striegau, Schmedinische Straße, früher in Ostrowo, am 2. 12. 74 J.; Ehrendohnung a. D. Anton Piechowski in Dresden-A. 16, Gablenbergerstr. 19, früher Bromberg, Vorstandsmitsglied der Ortsgruppe Dresden, am 2. 12. 70 J.; Ludwig Schwedt 1. F. in Dortmund-Mengede, Orlitzerstraße 20, früher Beratz, am 2. 12. 85 J.; Gustav Ruk, Zollaußbeamter i. R., in Elegant, Sophienstr. 44, früher Kosten i. P., am 15. 11. 79 J.; Rentner Friedrich Kümmel in Grünberg i. Sch., Burgstr. 17, früher Bromberg, am 11. 11. 80 J.

Schöbner: Frau Oberregierungsrat Stein-Meyer in Breslau, Breslauer Vorstadt 4, Gattin des verdienstvollen früheren unserer damaligen Vorprüfungshofes Berlin, jetzt am Reichsamt tätig,jurist. in Bad Oldesloe, am 17. 11. 31; Erb- und Rentner Jarecki, geb. Pringsheim, Gattin des Richters Rotors Jarecki in Berlin-Wilmersdorf, Landshuter Str. 39.

Schones der Provinz Posen, der sich vor seiner Be. Polen großen Ansehens erfreute, am 20. 11. 63 J.; Frau Bertha Döpner, geb. Erzel, in Czempin am 16. 11. 63 J.; Rittergutsbesitzerin Marie Großholz, geb. Freytag, in Bromberg, Mutter des Bezirksdirektors Hugo Großholz, des 1. Vorstandes des Deutschen Ostbund als Ortsgruppe angehörenden Hauptimkerverbandes d. Deutschen aus Bromberg und dem Rehauen, in Berlin, Ehrenhauser Str. 39, dessen Eltern viele Jahre hindurch bis zum Jahre 1900 Eigentümer des Rittergutes Paulinien bei Marienhorst in Kreis Bromberg waren, am 10. 11. 90 J.; Rentner Gustav Maniske aus Grünberg i. Sch., am 13. 11. 71 J.; Frau verm. Major Marie von Uruh, geb. v. Röckreuth, aus dem Hause Muchen in Birnbau, am 1890 Görsl, Jezdmanstraße, 96 J.; Spezialeur Johannes Koenen-berg, Berlin O 34, Memeler Straße 82, früher Bromberg, am 15. 11. 68 J., durch Herzschlag (Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost).

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpommern.

Bomst: Der deutsche Landwirtschafts-Abt der Stiftung aus Bomst, der bei einer Gruppenverteilung im kleinen Grenzortsteil im Sommer dieses Jahres von den Polen festgenommen und vom Polnischen Standgericht in Wollstein in nicht öffentlicher Verhandlung wegen angeblicher Spionage gegen das Deutsche Reich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ist gefestigt und über die deutsche Grenze gebracht. Er ist bereits wieder bei seinen Eltern eingetroffen. Der nähern Umstände seiner abenteuerlichen Flucht, die unmittelbar vor der Überführung ins Zuchthaus erfolgte, hat Stilo zu Protokoll gegeben. Die Erstverfassung zwischen Wollstein und der Grenze hat die Flucht naturgemäß erleichtert.

Koslin: Der grülestarken früheren Kriminalbeamte Jerzyewski verabschiedete vor kurzem den Regierungspräsidenten Czernow zu verabschieden. Er ließ sich in der Privatzimmerung des Regierungspräsidenten melden, erklärte, er sei der Bierpräsident und drang in das Zimmer Czernows ein. Dort erklärte er dem Regierungspräsidenten, der am Koffertisch saß: „Ich habe den Auftrag, Sie zu

Heute wurde meine geliebte Frau, unsere geliebte Mutter, Großmutter und Schwester, Frau

Willie Jarecki
geb. Pringsheim

durch einen sanften Tod von ihren unfrühaften Leiden erlöst.

Im Namen der Hinterbliebenen
Justizrat S. Jarecki.

Berlin W, Landhausstr. 41.

Bad Rauheim, dem 20. November 1932.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Meine liebe Frau, meine gute Mutter,
unsere inniggeliebte Tochter, unsere
treue Schwester und Schwägerin

Frau Rita Heder
geb. von Tilly

ist im ihrem 33. Lebensjahr nach
schwerer Krankheit heute von uns ge-
sieden.

Würzburg, Berlin und Friedrichshof im
Oderbruch, den 16. November 1932.

Dr. rer. pol. Werner Heder,
Fabrikdirektor,
Silvia Heder,
von Tilly, Geheimer Ober-
Regierungs-Rat,
Erla von Tilly, geb. Gahn,
Erla von Tilly, geb. von Tilly,
Friz von Tilly, Hauptmann a. D.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiern
am 30. November d. J. die Eheleute

Julius Weber
und **Frau Lydia**
geb. Schmidtchen

früher Georgensburg (Samter),
jetzt 1. 3. Berlin-Neukölln,
Pflügerstraße 15.

Die Ortsgruppe des Deutschen Ost-
bundes in Wriezen/Oder gratuliert ihrem
alten, treuen Mitgliede hierzu recht
herzlich.

verhöffen.“ Er behauptete, der Regierungspräsident habe Spritzmugel begangen. Als Jeudewski merkte, daß der Regierungspräsident innerlich einen Beamten herangeführt hatte, ergriff er plötzlich die Bluse und versuchte über die Böcher zu entkommen. Er wurde jedoch schon auf dem Boden des Hauses festgenommen. Jeudewski war früher Kriminalbeamter in Koszalin, später Schutzhauptbeamter in Oberschlesien und hatte wegen Unkorrektheit aus dem Dienst schreiben müssen. An den Spritzmuggeleien ist selbstverständlich kein wahreres Wort.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg: Nach einer Meldung der „Rottweiter Zeitung“ ist in einer Sitzung der französisch-polnischen Eisenbahngesellschaft Oberschlesien-Görlingen beschlossen worden, den Sitz der Direktion der neuen Eisenbahn nach Bromberg zu legen. In Görlingen soll eine besondere Stelle geschaffen werden, die die Aufgabe haben wird, die Bromberger Direktion in allen Angelegenheiten des Transits zu vertreten.

Komplikationen: Die der Mutterchaft angeklagte Janina Powietrzka verurteilte das Gericht zu 15 Jahren Gefängnis. Der Staatspräsident hat die Codestrafe für M. telegraphisch auf dem Gnadenweg in 15 Jahre Gefängnis umgedeutet.

Komplik. In Czernow ist von polnischen Durchsuchen die evangelische Kirche im übler Weise geplündert worden. Außerdem wurden sämtliche Familienscheine eingemordet. Die Güter können, wie üblich, von der Polizei nicht ermittelt werden.

Deutschland-Stargard: Im Pr.-Stargarder Gefängnis verlor die kürzlich in Görlingen wegen angeblicher Spionage für Deutschland zu drei Jahren Gefängnis verurteilte rechtsdeutsche Versicherungsbeamte Wilhelm Schell Selskimoß zu erneuern, indem ein 18 Alpin-tabletten verschwunden und sich die „Pulsabze“ aufzumitteln. Sozietäre ärztliche Hilfe konnte ihm jedoch retten. Darauf trat der Häftling zu den Hungerstreik und nahm zehn Tage keine Nahrung zu sich, so daß ihm schließlich gemeinsam Rahrung zugeschüttet wurde. Schell ist offenbar unabschlagbar verurteilt worden, denn er hat nur sehr in einer Kellerei ungewandeltes Brotkäse in Neustadt auf einer Durchfahrt durch den Korridor nach Ostpreußen photographiert.

Thorn: Hier hat eine neue Wochenschrift Swit zu erscheinen begonnen, die kommunistisch gefördert ist. Das „Silesia Pomorska“ bemerkte dazu, die Tochter, daß in Thorn ein kommunistisches Blatt erscheine, müßte die Pommerische Öffentlichkeit erfreut stimmen. Im letzten Jahr habe die Zahl der Juden in den Städten Pommerellen zugemommen, während auf dem Lande sich aufzweigende und umströmende Bewegungen geltend gemacht hätten. Wer bezahle diese Agitation und wer finanziere die Swit? fragt die „Gazeta Wroclawska“. Wenn die „Gazeta“ solch rhetorische Fragen stellt, meint sie immer nur: Deutschland.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

(Geschäftsgenossenschaft des Deutschen Ostbundes)

Berlin W. 30, Moltkestraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen
und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

SP 338/18

Zur Adventsfeier am
Sonntag, 4. Dezember, nachm. 4 Uhr,
im Kuppelsaal des „Utop“, Berlin,
am Lehrter Bahnhof, laden der
Frauendienst des Landesverbandes

Berlin-Brandenburg

alle Mitglieder, Ortsgruppen u. Freunde
herzlich ein. — Eine Weihnachtsmesse
erwartet alle dort. — Eintritt frei.

Der Vorstand:

Frau Frida Lanzke.

Modesalon

(Buzbranche), hoch-
moderne, in Kreisstadt
Röhe Berlins, ältestes
Geschäft am Platz,
billig zu verkaufen.

Angebote unter 2750
an das Ostland erdet.

Für folgende Sparkassenbücher sind die Aufwertungsbeträge hier eingegangen:

Franz Nowak (Stadtsparkasse Polen), August Pawlikowski
(Stadtsparkasse Culm), Eduard und Arthur Seeger (Kreis-
sparkasse Kattowitz), Elisabeth Werner (Stadtsparkasse Brom-
berg), Bruno Wojtakowski (Kreissparkasse Breslau), Pauline
Eckert (Kreissparkasse Hohenstein), Rudolf König, Emil Trieb,
P. Eichstaedt (Stadtsparkasse Thorn).

Wer kennt die Anschriften der Sparbuchinhaber?
Angaben unter 2763 an das „Ostland“ erbeten

Der „Ostdeutsche Schmuckkalender“ lädt auf über 200 Seiten mit Einrichtung des gesamten Ostlandes, er
berichtet über die verschiedenen Städte und Kreise, die mit dem Westen zusammen-
hängen. Er ist ein wertvolles Material für alle, die sich
mit Ostlagen befassen. Bei den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt es einen Abschnitt aus dem literarischen
Schaffen der Ostmark. Mit wertvoller Abbildung am Anfang wie die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturrabteilung, Berlin W. 30, Moltkestraße 22.

Auszeichnen! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zugleich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Ragnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Post-
scheckkonto: Berlin 104 726
(Rücksichttressendes bitte durchstreichen.)

Name:

Wohnort:

Poststation:
(Name und Poststation genau ausfüllen.)

kleines Geschäftshaus

in Waren-Märkt in
eigener Lage, 2 Läden
und 3 Wohnungen,
Mietüberläufe, Preis:
8000 M. bei 2000 bis
3000 M. Anzahlung.

Räheres A. Puls,
Waren-Müritz,
Güterstraße 50.
Rüdporta.

Te Lage, mob.
e. 4 Privat-
0 M.

...neuer Bau, Umfah-
rung, Wiedereinweihung 100 M. Preis-
forderung 29 000 M. Anz. 5000-8000 M.

Landgasthof

Guts- und Bahnhof, Durchgangschaufree,
5 Morgen Acker, Umfah. 8 Hekt., Preis:
forderung 17 500 M. Anzahl. 5000 M.

Erwerbsgut

600 Morgen, Weizenboden, kompl. totes und
lebendes Inventar, Preisbasis 130 000 M.
Anzahl. 30 000-35 000 M.

Landwirtschaften, Geschäfte sowie Privatgrund-
stücke in großer Auswahl.

Heringshausen & Mutschler, Eberswalde

Eisenbahnstraße 40. Telefon 468.

Ostmarkel Glänzende Existenzen!

Provisionsfrei
Anzahl. M.

Dreifamilien - Villa m. jeglichem
Komfort in Waren-Märkt. 22 000

Fröbelkroch. 1. Zentralheizungs-
u. dergl. Anlagen m. Wohn-
haus u. Inventar i. Stettin. 20 000

12-Ein. Dampfmühle m. kompl.
Inventar i. Kreisstadt d. Pro-
vinz Pommerania. 18 000

Fabrikgrundstück (3000 qm groß)
in Göppingen. Preis: 65 000

Büroartiges Wohngrundstück
(13 Zimmer) m. mögl. Gar-
gegebäude in Güter- 40 000

Wohn- und Geschäftshaus mit
Bücherangebude in der Pöhl. 15 000

Wittenbrücke m. altem Kom-
fort u. herv. Obj. u. Zier-
garten in Sol. 25 000

Geschäftsgeschäftlich m. Kolonial-
waren u. Volkstreffengeschäft
in Straßendorf Röderstadt. 10 000

Wohnhaus (7 Zimmer) m. reichl.
Rüdengel. in Aarau (Schweiz) 6 000

Bückergründstück m. Garten u.
Wiese in kl. Ortshof, Nähe
Eberswalde. 12 000

Landwirtschaft, Grundstück (196 Mq.)
in der Uckermark. 30 000

Wittenbrücke veröd. m. holz-
wollspinnfabrikation in Württem-
berg. 20 000

Pappenspindel m. Wohnhaus m.
3 Wohnungen von je 4 Zim-
mern in Wittenbrücke. 5. Vereinb.

Sägemerk (auch für jeden an-
deren Industriezweig geeignet)
in Weimar. 5. Vereinb.

Gutshof mit großem Saal und
vielen Versammlungsräumen i. ein.
industriezeitl. Vorort von
Dresden. 25 000

Herrschafft mit Wirtschafts-
gebäuden (jur. Einrichtung als
Sanatorium geeignet) in der
Dolcis, Nähe Sorst. 5. Vereinb.

Höchsterhofsch. Villa in weit-
berühmtem Kurort b. Dresden
5. Vereinb.

Strandvilla-Besitzung in bedeut.
„Berliner Bade“ u. Ausflugs-
ort (60 m Seefront). 5. Vereinb.

Pension (14 Zimmer) i. d. Re-
denstadt Dresden. Preis: 10 000

Villa mit oder ohne Wohnhaus
in bedeut. Kurort a. d. Orla. 25 000

Gutshofgrundstück m. „Pensions-
haus“ i. d. Schweiz (St. Bern).
35 000

Schäferbergwerk im Thüringer
Wald. 50 000

Restaurant und Speiselokal in
Dötschen. Preis: 14 000

Wittenbrücke. 1. Erdungsheim
geeignet in idealer Lage von
Neubrandenburg. 15 000

Wittenbrücke (21 Zimmer) m.
Garten. i. Kreisstadt Thür. 26 000

Gärt.-Projekt, kostlos durch:

KOCH & CO., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel. 82 Lützow 5933.